

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 50

Berlin, den 7. November 1942

3. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Emil Pecher, SS-Oberscharführer, SD-Leitabschnitt Reichenberg, im März 1942

Herbert Harmgarth, SS-Obersturmführer, SD-Leitabschnitt Danzig, im August 1942

Eduard Gantenhammer, SS-Oberscharführer, SD-Leitabschnitt München, im Juni 1942

Horst Hartmann, SS-Scharführer, SD-Abschnitt Weimar, im September 1942

Johannes Vieweg, SS-Obersturmführer, SD-Leitabschnitt Dresden, im August 1942

Viktor Schrittwieser, SS-Hauptscharführer, SD-Leitabschnitt Wien, im September 1942

Karl Peters, SS-Scharführer, SD-Abschnitt Frankfurt/Main, im August 1942

Friedrich Kieslinger, SS-Scharführer, SD-Abschnitt Graz, im September 1942

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Gustav Klinkerfuß, SS-Hauptscharführer, Kriminalassistent beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lemberg, im September 1942

Christian Grünenberger, SS-Oberscharführer beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lemberg, im September 1942

Gerhard Tietz, SS-Oberscharführer, Kriminalangestellter beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Riga, im September 1942

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

In Vertretung

Streckenbach

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 20. 10. 42 Wiedererrichtung der SD-Abschnitte Weimar u. Koblenz. S. 330. — RdErl. 23. 10. 42 Neuordnung der //Führerprüfung. S. 330. — RdErl. 23. 10. 42 Eiserne Sparbeträge in der Sozialversicherung. S. 333. — RdErl. 24. 10. 42 Verbot ausl. Druckschriften. S. 333. — RdErl. 25. 10. 42 Beschlagn. von Druckschriften, die nicht in die Liste des schäd. u. unerwünschten Schrifttums eingereiht sind. S. 333. — RdErl. 27. 10. 42 Devisenbewirtschaftung. Überweisung von Geldbeträgen aus dem Gen.Gouvernement in das Reichsgebiet. S. 333. — RdErl. 27. 10. 42 Devisenbewirtschaftung. Mitnahme von Zahlungsmitteln im Dienstreiseverkehr durch zum Einsatz kommandierte Angehörige der Sich.Pol. u. des SD. S. 334. — RdErl. 29. 10. 42 Dienstgradangleichung, Ergänzung zum Dienstgradangleichungserlaß vom 1. 7. 1941. S. 334. — RdErl. 29. 10. 42 Bekanntgabe

von Geheimakten der Sich.Pol. an andere Behörden. S. 334. — RdErl. 29. 10. 42 Austragung innerdeutscher Zwistigkeiten in Gegenwart von Ausländern. S. 334. — RdErl. 30. 10. 42 Meldung der Lagerärzte. S. 335. — RdErl. 30. 10. 42 Einsatzfähigkeit bei Magen- u. Darmerkrankungen. S. 335. — RdErl. 3. 11. 42 Bauvorhaben und Barackenbeschaffung. S. 335.

Geheime Staatspolizei. RdErl. 23. 10. 42 Anforderung der Dienstkleidung f. d. Grenzpolizei. S. 337.

Verschiedenes. Verlust von Dienstaussweisen, Hausausweisen u. Erkennungsmarken. S. 337. — Verlust eines Dienstaussweises. S. 338. — Verlust eines Dienstaussweises. S. 338. — Dienststellenverlegung. S. 338.

Personalmitteilungen. S. 338

Sicherheitspolizei und SD

Wiedererrichtung der SD-Abschnitte Weimar und Koblenz.

RdErl. des RF//uChdDtPol. i. RMdL. vom 20. 10. 1942
— S II A 1 Nr. 423/41-168 —

Veränderte sachliche und organisatorische Verhältnisse in den Bereichen der durch Erl. des ChdSP-udSD. vom 30. 5. 1941 — II A 1 (neu) Nr. 423/41-168 — (nicht veröffentl.) suspendierten und in SD-Hauptaußenstellen umgewandelten ehemaligen SD-Abschnitte Weimar und Koblenz machen im Interesse einer ausschöpfenden sachlichen Bearbeitung die Wiedererrichtung der genannten suspendierten SD-Abschnitte notwendig. Ich ordne daher an:

I.

Mit Wirkung vom 15. Oktober 1942 wird der SD-Abschnitt Weimar mit dem Sitz in Weimar wiedererrichtet und mit seiner Führung vertretungsweise der //Sturmabführer Dr. Kroeger beauftragt. Der Zuständigkeitsbereich des SD-Abschnitts Weimar umfaßt das Gebiet des Gaues Thüringen der NSDAP.

II.

Mit Wirkung vom 15. Oktober 1942 wird der SD-Abschnitt Koblenz mit dem Sitz in Koblenz wiedererrichtet und mit seiner Führung der //Obersturmabführer Wiebens beauftragt. Der Zuständigkeitsbereich des SD-Abschnitts Koblenz umfaßt das Gebiet des Gaues Moselland der NSDAP. und Luxemburg.

III.

Die Aufgaben der SD-Abschnittsführer als Nachrichtenreferenten der Gauleiter werden vom gleichen Zeitpunkt an wieder von den SD-Abschnittsführern in Weimar und Koblenz wahrgenommen.

IV.

Hinsichtlich der personellen, verwaltungs- und aktenhaltungsmäßigen Folgen ergehen besondere Erlasse.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 330.

Neuordnung der //Führerprüfung.

RdErl. des RSHA. vom 23. 10. 1942

— I B 1 d Nr. 2943/42 —*)

(1) Die bisherigen Erfahrungen, die bei der Durchführung der //Führerlager gesammelt wurden, haben gezeigt, daß die //Führerlager ein hervorragendes Mittel sind, einheitliche Anforderungen an den gesamten Führernachwuchs der Sich.Pol. u. des SD zu stellen und ein einheitlich ausgerichtetes Führerkorps in der Sich.Pol. u. im SD zu schaffen. Diese einheitliche politisch-weltanschauliche Richtung ist um so nötiger, als an das //Führerkorps der Sich.Pol. u. des SD in Krieg und Frieden besondere Anforderungen gestellt werden.

(2) Um diese besonderen Verpflichtungen und Anforderungen noch besser erfüllen zu können, ich daher an:

1. Sämtliche //Bewerber, //Männer und //Führer der Sich.Pol. u. des SD haben vor Beförderung zum //Führer an einem //Führerlehrgang teilzunehmen.
2. Die //Führerlehrgänge dienen neben der einheitlichen Ausrichtung zugleich der Pflege Kameradschaft zwischen den //Führeranwärtern der Geh. Staatspolizei, der Kriminalpolizei, des hauptamtlichen und ehrenamtlichen Dienstes im SD des RF//.
3. Die //Führerlehrgänge finden in der Reichsschule der Sicherheitspolizei und des SD in Prag statt und dauern drei Wochen. Während der Lehrgänge erfolgt eine sorgfältige und systematische Schulung. Die Lehrgänge schließen mit einer dreitägigen Prüfung ab.
4. Von der Einreichung von Befreiungsanträgen ist grundsätzlich abzusehen. Nur in Ausnahmefällen dürfen Befreiungsanträge eingereicht werden, und zwar dann, wenn es sich bei dem Übernahmedienstgrad um einen mittleren oder höheren

*) Sonderabdrucke dieses RdErl. können vom RSHA (I B 1 d) bezogen werden.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 330

Beurteilungsordnung für die ~~W~~-Führerlehrgänge bzw. Führerlehrgänge der Sicherheitspolizei.

5. Für die Beurteilung der Anwärter im Lehrgang werden außer den ständig als Lehrer eingesetzten ~~44~~-Führern jeweils ~~44~~-Führer der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes als Beurteiler bestimmt, und zwar in dem Umfange, daß für jeden Zug jeweils ein Beurteiler neben dem Kommandeur und den ständigen Lehrern mitverantwortlich ist.

IF 1 e Nr. 1907/40 vom 4. 5. 1940 (Befehlsbl. 1940 S. 7),

5. Für die Beurteilung im HH -Führerlehrgang sind drei Sachgebiete maßgebend:

I. Weltanschauliches Wissen, das festgestellt wird durch

- a) schriftliche Arbeiten bzw. Kurzthemenarbeiten,
- b) Rundgespräche,
- c) Vortragsübungen,
- d) Schlußbesprechung mit einer Kommission, die besteht aus:
 1. dem Kommandeur der Reichsschule der Sicherheitspolizei u. des SD als Lehrgangsleiter,
 2. einem Lehrer der Reichsschule,
 3. einem HH -Führer des RSHA. — Beisitzer sind jeweils die zuständigen Beurteiler.

II. Militärische Grundkenntnisse.

III. Sportliche Bewertung.

7. Haltung, Auftreten und Verhalten gegen Kameraden und Vorgesetzte werden bei allen Teilen des Lehrgangs beurteilt.
8. In den Führerlehrgängen der Sich.Pol. entfällt, im Gegensatz zu den HH -Führerlehrgängen, die Prüfung der militärischen Grundkenntnisse.
9. Soweit die Anwärter aus Gesundheitsgründen vom Sport befreit sind (Vorlage eines polizei- bzw. arztärztlichen Zeugnisses) entfällt auch die sportliche Bewertung.
10. Die Prüfung erstreckt sich auf die während eines Lehrganges durch die Schulung vorbereiteten Wissensgebiete, darüber hinaus selbstverständlich auf die Bewertung des Gesamtkönnens und der Gesamtpersönlichkeit.
11. Die Schulung erfolgt nach folgendem Lehrplan:

I. Weltanschaulicher Teil (70 Stunden).

1. Die Grundlagen nationalsozialistischer Weltanschauung.
 - a) Der Rassegedanke und seine gesetzliche Gestaltung: die biologischen Grundlagen, Vererbungslehre, Rassenkunde, Rassenpflege, die Ergebnisse der Erb- und Rassenlehre für unser Volk und für die HH im besonderen.
 - b) Die Erkenntnisse der Rassenlehre als Grundlage der nat. soz. Weltanschauung.
 - c) Die Geschichte der nat. soz. Bewegung.
2. Die deutsche Geschichte, der Kampf um politisch-völkische Einheit und die Durchsetzung germanisch-deutscher Art.
 - a) Sinn und Ziel der geschichtlichen Betrachtung.
 - b) Germanische Vor- und Frühgeschichte (unter besonderer Berücksichtigung der nordischen Rasse und der nordischen Reichs- und Staatsgründung).
 - c) Germanische Wanderungen und Reichsbildungen.
 - d) Die Führung Europas durch die Deutschen: Herstellung einer ersten politischen Einheit durch Karl den Großen, das Reich der Kaiser, der Kampf mit dem Papsttum.

- e) Reformation und Gegenreformation, der Dreißigjährige Krieg: Der Zerfall der europäischen Mitte, das Aufsteigen der Randstaaten, die Hegemonie Frankreichs, das europäische Gleichgewicht.
- f) Preußens Beitrag zu einer neuen deutschen Machtstellung.
- g) Der Angriff gegen die germanisch-deutsche Charakterwerte: Die französische Revolution. Die Judenemanzipation. Die Liberalisierung.
- h) Bismarcks Kampf um die deutsche Einheit.
 - i) Die Herstellung der gesamtdeutschen Einheit.

3. Das nationalsozialistische Reich und seine innere Gestaltung.

- a) Wesen und Begriff des Volkes.
- b) Vom Staat zum Reich.
- c) Verfassung und Staatsführung.
- d) Der Aufbau des Staates, der NSDAP. und ihrer Gliederungen, Partei und Staat.
- e) Maßnahmen zur Festigung und Sicherung vor Volk und Staat: Ermächtigungsgesetz. Gleichschaltungsgesetz. Neuaufbaugesetz. Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches. Wiederherstellung und Sicherung der äußeren Freiheit des Reiches.
- f) Geschichte und Wesen der HH .
- g) HH und Polizei.
- h) Organisation und Aufgaben der Sich.Pol. u. des SD.

4. Die weltanschaulichen Gegner.

- a) Das Judentum, Geschichte, Wesen und seine politisch-weltanschauliche Zersetzungsarbeit.
- b) Die Freimaurerei, Ideologie, Organisation und ihre politischen Auswirkungen.
- c) Der Marxismus.
- d) Die politischen Kirchen.
- e) Das Parteienwesen.

5. Politische Zeitkunde.

- a) Geschichte und Methode der britischen Weltreichpolitik.
- b) Europäische Großraumpolitik.
- c) Der Mittelmeerraum.
- d) Groß-Ostasien.
- e) Kolonialpolitik.
- f) Die Rohstofffrage als Weltproblem.

Um zu gewährleisten, daß die Schulung dauernd lebendig bleibt, ist eine Aufteilung der Stunden auf die einzelnen Gebiete des weltanschaulichen Teiles bewußt unterblieben. Jeder Lehrgang steht unter einem gewissen Leitgedanken, von dem aus die Schulung durchgeführt wird und der für alle Teilgebiete gilt. Die Herausstellung dieses Leitgedanken bleibt dem Lehrgangsleiter überlassen; er bestimmt auch die Stundenzahlen für die Teilgebiete 1—5, die demnach für jeden Lehrgang verschieden sind.

II. Militärische Fähigkeiten. (45 Stunden)

1. Waffenausbildung und Schießlehre.
 - a) Pistole 38,
 - b) Gewehr 98,

- c) Maschinenpistole,
- d) Leichtes Maschinengewehr.
- 2. Geländekunde:
 - a) Kartenkunde,
 - b) Orientieren,
 - c) Geländebeschreibung, Beurteilung, Ausnutzung,
 - d) Tarnung und Schanzzeug.
- 3. Formales Exerzieren, Kommando-sprache.
- 4. Grundbegriffe der Taktik (soweit für den sicherheitspolizeilichen Einsatz erforderlich).

III. Sport und Spiel. (15 Stunden)

- 1. Es ist hier nicht Zweck des Sportes, meßbare Leistungen festzustellen. Entscheidend bei der Bewertung ist immer die persönliche Leistung, nicht jedoch die Erfüllung einer allgemeinen Norm, die je nach Witterung und Jahreszeit zwangsläufig schwanken muß.
- 2. Beim //Führerlehrgang bzw. Führerlehrgang Sich.Pol. wird nicht die Leistung des Anwärters gemessen, sondern seine Persönlichkeit nach dieser Richtung hin gewertet. Die Durchführung und Gestaltung von Sport und Spiel bleibt dem Lehrgangsleiter und dem eingesetzten Sportreferenten überlassen.
- 3. Die Lehrfächer I bis III stehen gleichwertig nebeneinander. Bei der Wertung der Gesamtpersönlichkeit des Anwärters werden alle drei Gebiete gleichmäßig berücksichtigt.
- 12. Die Gestaltung der Freizeit erfolgt durch den Lehrgangsleiter.

Eiserne Sparbeträge in der Sozialversicherung.

RdErl. des RSHA. vom 23. 10. 1942
— II C 1 Nr. 5139/42-245-9 —

(1) Nachstehender RdErl. des Reichsarbeitsministers vom 2. 7. 1942 — II a Nr. 9673/42 — wird zur Beachtung bekanntgegeben.

„Auf Grund des § 18 der Durchf.-VO. über das Eisernen Sparen vom 10. 11. 1941 (RGBl. I S. 705 — RBesBl. S. 251) und auf Grund des § 18 — Zweiten Lohnabzugsverordnung vom 24. 4. 1942 (RGBl. I S. 252 — RBesBl. S. 116) bestimme ich in Ergänzung von Abschn. III meines Erlasses vom 21. 11. 1941 (RBesBl. S. 299):

Sind Angestellte, die eisern sparen, wegen Überschreitung der Jahresarbeitsverdienstgrenze nicht mehr krankenversicherungspflichtig, erhalten sie aber nach Abzug des Eisernen Sparbetrages einen beitragspflichtigen Entgelt von nur 300,— RM monatlich oder weniger, so ist ihr Beitrag zur Angestelltenversicherung, wenn er nach dem durch die Zweite Lohnabzugsverordnung eingeführten Beitragsverfahren zu entrichten ist, nach einem Entgelt von 300,01 RM zu berechnen.“

(2) Bei dieser Gelegenheit weise ich darauf hin, daß für Angestellte, die kranken- und angestelltenversicherungspflichtig sind und Beiträge zum Reichsstock für den Arbeitseinsatz zu zahlen haben, bei einem Bruttoeinkommen von mehr als 300,— RM monatlich in jedem Falle die Beiträge nach der letzten Stufe der Gruppe D der von der Betriebskrankenkasse des Reiches herausgegebenen Tabelle einzusetzen sind.

An die Kassenanschlagstellen der Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 333.

Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RF// u. ChdDtPol. i. RmDI. vom 24. 10. 1942
— S IV C 3 Nr. 8667/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung der Gesamtproduktion des „Heliolda-Verlages“, Zürich, verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 333.

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind.

RdErl. des RSHA. vom 25. 10. 1942
— IV C 3 Nr. 4174/B —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 (neu) Nr. 4174/B — (Befehlsbl. S. 103) werden folgende Druckschriften mitgeteilt, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

- Stürmer, Dr. Karl: „Gottesgerechtigkeit und Gottesweisheit bei Martin Luther“, Verlag Thiesen, Ludwigshafen a. Rh. 1940;
- Rosemann, Heinrich, Rektor: „Der klingende Weg“ — Begleitbuch zum „Liederbuch für Schule und Haus“ und „Führer durch die Schulgesehngliteratur“, Verleger: Buchgewerbe Halbach, Dortmund-Hörde;
- Gescheit, H., und Wittmann, K.: „Neuzeitlicher Verkehrsbau“, erschienen im Verlag Müller & J. Kiepenheuer, Berlin, 1931;
- Weichert, Ludwig: „Wir und die Jugend Afrikas“ und „Kehre wieder Afrika“, Ostwerk-Verlag, Berlin C2;
- Spirago, Franz: „Kath. Volkskatechismus“, erschienen 1927 in Lingen;
- Böcker, H.: „Für Schule und Haus“, herausgegeben von Albert Griesinger, „Aus dem Lande der schwarzen Diamanten“, Verlag M. Diesterweg, Frankfurt a. M., 1926;
- Richter-Halle, Hermann: „Drei Frauen um Chopin“, Köhler & Amelang, Leipzig, 1935.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 333.

Devisenbewirtschaftung.

Überweisung von Geldbeträgen aus dem Generalgouvernement in das Reichsgebiet.

RdErl. des RSHA. vom 27. 10. 1942
— II C 2 /Dev.St. Nr. 6133/42-290 b-1 —

Die Überweisung von Geldbeträgen aus dem Generalgouvernement ist durch die Devisenanordnung Nr. 24 der Regierung des Generalgouvernements — Hauptabteilung Wirtschaft — vom 19. 9. 1942, wie folgt neu geregelt worden:

(1) Im Generalgouvernement ansässige Reichs- und Volksdeutsche erhalten auf Antrag von der Devisenstelle Krakau einen Devisenausweis, auf Grund dessen sie monatlich ohne besondere Genehmigung Beträge bis zu 200,— Zloty in das Reich einschl. Protektorat Böhmen und Mähren durch die Post überweisen oder auf ein bei der Deutschen Post Osten zu erwerbendes, mittels Rotaufdruck „Generalgouvernement“ besonders kenntlich gemachtes Postsparbuch einzahlen können.

(2) Die Überweisung der monatlichen Beträge oder die Einzahlung in das Postsparbuch ist auf der

Rückseite des Devisenausweises von der Post unter Beifügung des Poststempels zu bescheinigen. Nach Ablauf der Gültigkeit oder bei Aufgabe des Wohnsitzes im Generalgouvernement ist der Devisenausweis der Devisenstelle Krakau zurückzugeben.

(3) Abhanden gekommene Devisenausweise werden nicht ersetzt.

(4) Bisher ergangene anders lautende Anordnungen treten mit Ablauf des 31. 12. 1942 außer Kraft.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 333.

Devisenbewirtschaftung.

Mitnahme von Zahlungsmitteln im Dienstreiseverkehr durch zum Einsatz kommandierte Angehörige der Sich.Pol. u. des SD.

RdErl. des RSHA. vom 27. 10. 1942

— II C 2⁴/Dev.St. Nr. 6134/42-290 b-1 —

(1) Auf Grund einer Anordnung des OKW. vom 1. 10. 1942 kann Wehrmachtsangehörigen — hierzu zählen auch zum Einsatz kommandierte Angehörige der Sich.Pol. u. des SD — soweit ihnen im Reich Repräsentationsmittel zur Verfügung stehen und ihnen bei Dienstreisen in das Ausland Repräsentationspflichten obliegen, über die nach den Zahlungsregelungen hinaus zugelassenen Beträge die Mitnahme von Repräsentationsmitteln zu gebilligt werden.

(2) Die zugebilligten Repräsentationsmittel sind in der Dienstreisegenehmigung sowie in dem Sonderausweis für die Mitnahme von Zahlungsmitteln besonders zu vermerken.

(3) Die durch die Zahlungsregelung für die Sich.Pol. u. den SD für die Mitnahme bei Dienstreisen der im Einsatz befindlichen Angehörigen der Sich.Pol. zugelassenen Beträge sind in der als Anlage III dem Erl. vom 28. 1. 1942 — II C 2/Dev.St. 4149/-290 b-1 — (Befehlsbl. S. 36) beigefügten tabellarischen Übersicht enthalten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 334.

Dienstgradangleichung,

Ergänzung zum Dienstgradangleichungserlaß vom 1. 7. 1941 — I A 1 a Nr. 79/1941 — (nicht veröffentl.).

RdErl. des ChdSPudSD. vom 29. 10. 1942

— I A 1 a Nr. 808/1942-351-20 b —

Der für die Laufbahn des einfachen Dienstes eingeführte Dienstgrad eines Betriebsassistenten entspricht dem //Dienstgrad eines //Unterscharführers.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 334.

Bekanntgabe von Geheimakten der Sicherheitspolizei an andere Behörden.

RdErl. des RSHA. vom 29. 10. 1942

— II A 1 Nr. 444 IV/41-151 —

(1) Der Inhalt von Geheimakten der Sicherheitspolizei darf durch die nachgeordneten Dienststellen in keinem Falle an andere Behörden bekanntgegeben werden. Sofern entsprechende Anträge anderer Be-

hörden eingehen, sind sie mit den Akten dem RSHA vorzulegen, das im Einzelfall entscheidet, ob und inwieweit eine Bekanntgabe des Akteninhalts erfolgen kann.

(2) Anträge auf Bekanntgabe innerdienstlicher Vorgänge oder des Inhalts von Handakten sind in jedem Falle von vornherein abzulehnen, da eine Bekanntgabe hierüber stets ausgeschlossen ist.

(3) Hinsichtlich der Bekanntgabe von Akten die Dienststellen der NSDAP. und ihrer Gliederung der Übersendung staatspolizeilicher Akten an Gerichte sowie der Überlassung kriminalpolizeilicher Personen- und Vorbeugungsakten an Justizbehörden verweise ich auf die RdErlasse vom 12. 5. 1937 — S V 1 Nr. 391 IV/37 — (MBliV. S. 1062), vom 6. 10. 1937 — S V 1 Nr. 391 IV/37 — (nicht veröffentl.), vom 16. 3. 1938 — S V 1 Nr. 1047/37 — (nicht veröffentl.) und vom 5. 4. 1941 — V A 1 a Nr. 176/41 — (Befehlsbl. S. 72).

(4) Für den SD verbleibt es bei der bisherigen Regelung.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S.

Austragung innerdeutscher Zwistigkeiten in Gegenwart von Ausländern.

RdErl. des RSHA. vom 29. 10. 1942

— II A 1 Nr. 783/42-151 —

Nachstehend wird ein Befehl des Reichsführers sowie ein RdSchreiben der Parteikanzlei der NSD zur Kenntnisnahme und Beachtung bekanntgegeben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S.

Der Reichsführer-//
Chef des //Hauptamtes

Az.: 11 a 12 — Ba/St.

Berlin W 35, den 15. 10. 1942
Lützowstraße 48/49.

Betr.: Austragung innerdeutscher Zwistigkeiten in Gegenwart von Ausländern.

Verteiler III:

Nachstehend wird ein Rundschreiben des L der Partei-Kanzlei — Reichsleiter M. Bormann — Kenntnisnahme und Beachtung übersandt.

Es ist darüber zu wachen, daß sich gerade //Führer und //Männer in der Wahrung nationaler und völkischer Disziplin Ausländern gegenüber besonders vorbildlich zeigen.

gez. Berger.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Partei-Kanzlei.

Der Leiter der
Parteikanzlei.

Führer-Hauptquartier, 24. 8. 1942

Rundschreiben Nr. 129/42.

Betr.: Austragung innerdeutscher Zwistigkeiten in Gegenwart von Ausländern.

Die Ausländern gegenüber zu wahrende nationale und völkische Disziplin verlangt, daß inner-

politische Meinungsverschiedenheiten, vor ihnen unbedingt geheim gehalten werden. Inner- und außerpolitische Gegner haben ihre Kenntnis von derartigen Gegensätzlichkeiten bisher stets zum Schaden des Reiches auszunutzen verstanden.

Etwa vorkommende politische oder anderweitige dienstliche Meinungsverschiedenheiten dürfen daher niemals Ausländern zur Kenntnis kommen, sei es im Auslande selbst, in den besetzten Gebieten oder auch den im Reich lebenden Ausländern. Wer gegen dieses selbstverständliche Verbot verstößt, ist zur Rechenschaft zu ziehen.

Die gleiche Disziplin muß allen Fremdvölkischen und solchen Personen gegenüber gezeigt werden, deren gegnerische Einstellung zur Partei und zum Staat bekannt ist.

gez. M. Bormann

Verteiler: Reichsleiter, Gauleiter, Verbändeführer, Kreisleiter.

Meldung der Lagerärzte.

RdErl. des RSHA. vom 30. 10. 1942

— I San. Nr. 166/42 —

Dem RSHA., Dienststelle leitender Arzt, sind bis zum 15. 12. 1942 die Namen aller an den Schulen, Lagern usw. der Sich.Pol. u. des SD tätigen Ärzte und Vertragsärzte unter gleichzeitiger Angabe von Geburtsdatum und Dienststrang zu melden. Ebenfalls sind zu melden die Namen, Geburtsdaten und Dienstgrade der SDG. und der als SDG. arbeitenden Krankenträger.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 335.

Einsatzfähigkeit bei Magen- und Darmerkrankungen.

RdErl. des RSHA. vom 30. 10. 1942

— I San. Nr. 167/42 —

(1) Durch das Vorrücken der deutschen Truppen in südlicher gelegene Gebiete kommt es zu gehäuftem Auftreten von infektiösen Magen-Darmerkrankungen unter Mitbeteiligung der Leber und Gallengänge (Gelbsucht).

(2) Die Ärzte, die die Untersuchungen auf Einsatzfähigkeit durchführen, sind auf diese Tatsache hinzuweisen und zu ersuchen, Männer mit chronischen Magen- und Darmerkrankungen nicht zum Einsatz in die Ostgebiete zu schicken.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 335.

Bauvorhaben und Barackenbeschaffung.

RdErl. des RSHA. vom 3. 11. 1942

— II C 3 Nr. 1351/42 —

(1) Die für die Bauwirtschaft z. Zt. bestehenden Beschränkungen wurden im RdErl. vom 27. 4. 1942 (Befehlsbl. S. 118) bekanntgegeben. Hiernach dürfen Bauvorhaben nur durchgeführt werden:

- a) bei einer Baukostensumme bis zu 5000 RM und einem Bedarf bis zu 2 t Baueisen oder 3 cbm Holz: wenn das Arbeitsamt zugestimmt hat,
- b) bei Baukostensummen über 5000 RM oder einem Eisenbedarf von mehr als 2 t bzw. Holzbedarf

von mehr als 3 cbm: wenn der Gaubeauftragte des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft (früher: Gebietsbeauftragter des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft) eine Ausnahmegenehmigung vom Bauverbot für das Bauvorhaben erteilt hat (Zuständigkeit bis 30 000 RM) oder das Bauvorhaben vom Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft in die Wehrkreisrangfolgelisten aufgenommen ist.

(2) Baueisen wird nur zugeteilt, wenn die erforderliche Genehmigung des Bauvorhabens nachgewiesen ist und die von der Firma ausgefüllte Eisenanforderung auf den vom 1. 10. 1942 ab geltenden Vordrucken vorgelegt wird. Dasselbe gilt für Nichteisenmetalle. Für die Ausfüllung der Vordrucke „Eisenanforderung“ sind die Ausführungen des GB-Bau in Anlage 2 genauestens zu beachten, da der GB-Bau alle falsch ausgefüllten Vordrucke zurückgibt. Holz und Zement teilt das RSHA. für genehmigte Bauvorhaben unmittelbar auf Grund formlosen Antrages zu. Die Baufirmen sind berechtigt, bis zu 2 t Zement für Bauunterhaltungsarbeiten aus eigenen Beständen zu entnehmen. Die Anforderungen der Baustoffkontingente für das kommende Quartal müssen jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November dem RSHA. vorliegen. Für das I. Quartal 1943 sind sie spätestens bis zum 20. 11. 1942 einzureichen.

(3) Die Barackenherstellung ist in der Weise neu geregelt, daß nur noch bestimmte Typen hergestellt werden und die Fertigung vom Bevollmächtigten für den Holzbau zentral gesteuert und angeordnet wird. Der Bevollmächtigte für den Holzbau gibt die Baracken für die Sicherheitspolizei auf Antrag des RSHA. im Rahmen des zur Verfügung stehenden Holzkontingents frei, versieht die Lieferfirmen mit entsprechender Anweisung und regelt die Bezahlung unmittelbar. Die Freigabe und Dringlichkeitskennzeichnung für die Aufstellung der Baracken wird durch die Baubevollmächtigten des Reichsministeriums Speer erteilt, deren Name und Anschrift aus der Anlage 1 ersichtlich sind. Die Baubevollmächtigten verfügen über die entsprechenden Baustoffkontingente, so daß entsprechende Anträge vom I. Quartal 1943 an dorthin zu richten sind. Für das IV. Quartal 1942 geben die Baubevollmächtigten die Aufstellung von Baracken nur frei, wenn die erforderlichen Baustoffkontingente vom RSHA. noch zugeteilt werden oder bereits zur Verfügung stehen.

(4) Da das Baujahr 1942 am 31. 12. 1942 abläuft, ist jetzt schon festzustellen, welche Bauvorhaben im Laufe des kommenden Jahres notwendig werden, welche Baukostensummen voraussichtlich entstehen und welcher Materialbedarf an bewirtschafteten Baustoffen zu erwarten ist. Bei dieser Feststellung ist ein strenger Maßstab anzulegen, da mit einer Lockerung der Baubeschränkungen nicht zu rechnen ist. Desgleichen ist festzustellen, welcher Barackenbedarf für das Jahr 1943 besteht. Damit beim RSHA. eine Übersicht über das Bauwollen innerhalb der Sich.Pol. u. des SD. für das Jahr 1943 besteht und die entsprechenden Anträge rechtzeitig gestellt werden können, wird ersucht, diese Feststellungen sofort zu treffen und bis zum 1. 12. 1942 zu berichten. Fehlanzeige ist nicht erforderlich.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 335.

Anlage 1

Liste der Baubevollmächtigten des Reichsministeriums Speer

Bezeichnung der Dienststelle	Bezirk der Rü.-Insp. oder Bezeichnung des Gaues	Leiter	Anschrift und Fernruf
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	I	Dr.-Ing. Erlenbach	Königsberg (Pr.), Kaiserstr. 49 Fernruf: 46 345, App. 1
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	II	Landesbaurat Mackels	Stettin, Landeshaus Fernruf: 35 361
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	III (außerhalb des Autobahnringes Berlin)	Präsident Usinger	Berlin W 35, Potsdamer Str. 188/190 Fernruf: 27 74 01 und 27 71 21, 301 Ortsanschluß, 27 70 41 Ferngespr. und Vorortanschl.
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	IV	Oberbaudir. Claussnitzer	Dresden, Bismarckplatz 5 Fernruf: 44 481, App. 1300
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	V (für das Land Württemberg u. Hohenzollern)	Oberbaudir. Kern	Stuttgart N, Jägerstr. 11 Fernruf: 92 591/95, App. 55 52
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	V (für das Land Baden und das Elsaß)	Oberbaudir. Kirsch	Straßburg, Waltharistaden 21 Fernruf: 25 031/32 und 25 036/37
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	VI	Oberbaudir. Nadler	Essen a. Ruhr, Kruppstr. 30 Fernruf: 50 871
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	VII	Präsident Hafen auf Kriegs- dauer	München, Maillinger Str. 33 Fernruf: 51 981, App. 300
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	VIII	Oberbaudir. Müller (Arthur)	Breslau 13, Hohenzollernstr. 52/54 Fernruf: 38 301, App. 5900
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	IX	Baudir. Andrea	Kassel, Kronprinzenstr. 1/2 Fernruf: 35 301, App. 1801
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	X	Oberbaudir. Allinger	Hamburg-Altona, Museumstr. 15 Fernruf: 43 11 81/86, App. 1. Ferngespr. 43 50 59/60
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	XI	Landes- oberbaurat Müller (Josef)	Hannover 1 M, Am Schiffgraben 6 Fernruf: 51 411
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	XII	Präsident Kado	Frankfurt (Main). Adolf-Hitler- Anlage 2 Fernruf: 30 257, App. 5660
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	XIII	Stadtbaudir. Wallraff	Nürnberg, Zweck-Verband Nürnberg
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	XVII	Oberreg.- Baurat Dipl.-Ing. Lenikus	Wien, L. Herrengasse 11/13 Fernruf: U 20 5 20
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	XVIII	Stellv. Gau- leiter Wintersteiger	Salzburg, Chiemseehof Fernruf: 18 000, App. 117
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	XX	Wasser- straßendir. Koch	Danzig, Baracke hinter Vorgarten 1 Fernruf: 25 751
Der Baubevollmächtigte des Reichsministeriums Speer im Bezirk der Rüstungsinspektion	XXI	Regierungs- direktor Schmidt	Posen, Mühlenstr. 9 Fernruf: 80 71, App. 2562

Anlage 2:

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

Der Generalbevollmächtigte
für die Regelung der Bauwirtschaft

Reichsminister Speer

GB 26/0-206

Berlin W 8, den 8.10.1942

Runderlaß

(Auszug)

Betr.: Baueisenbewirtschaftung.

Die Eisenanforderungsscheine sind von den Bauausführenden auszufüllen. Der Bauausführende hat seine Reichsfirma-Nr. einzutragen. Falls ihm diese nicht bekannt sein sollte, ist die Spalte offen zu lassen. Unter Rü In ist einzutragen die Rüstungsinspektion, in deren Bezirk das Bauvorhaben liegt, für das die Eisenanforderung gemacht wird. Auf keinen Fall darf die Rüstungsinspektion eingetragen werden, in deren Bezirk der Sitz der Baufirma oder des Bauherrn ist. In die Spalte „Auftraggeber“ ist der Bauherr einzutragen. Die Spalte Bedarfsgruppen, Auftragsnummer, HML und Art sowie Waren- bzw. Sachnummer sind bei den Eisenanforderungen nicht auszufüllen. In das Feld 1/ ist der Kontingenträger (RFHuChdDtPol.) einzutragen, in das Feld 2/ die Bezeichnung des Bauvorhabens nach Wehrkreisrangfolge oder die Nummer der Ausnahmegenehmigung. In das Feld 3/ sind kurze Angaben über den Verwendungszweck zu machen. Für sämtliche Baueisenanforderungen ist bei den Vordrucken H Eisenanforderung bzw. Eisenschein der Zusatz „für Baueisen“ zu machen. Unter „Anschrift des Anfordernden“ ist die genaue Anschrift des Bauausführenden anzugeben. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß diese Angaben vollständig gemacht werden müssen, das die Eisenscheine an diese Anschrift übersandt werden. Die laufende Nummer des Anfordernden

ist von diesem selbst auszufüllen. Vormerkungen sind bei Baueisen nicht einzutragen. In die Spalte Bezugsrecht ist in das Feld „angefordert“ (Wellenlinien) die vom Bauausführenden angeforderte Eisenmenge in kg einzutragen. Dezimalstellen von kg sind nicht anzugeben. Das Anzeigen der Tausenderstellen in der Anforderung durch Punkte oder Komma ist zu unterlassen. Die Angabe des Quartals ist notwendig. Die Spalten Vormerkung und Gesamt-kg bleiben offen. Die Spalten Bezugsrechte, Berichtigung und anerkanntes Bezugsrecht werden nur von der Kontingentstelle ausgefüllt. Bauherren oder andere Prüfstellen von Kontingenträgern haben Berichtigungen gegenüber den Anforderungen der Bauausführenden, die sie wünschen, auf der Rückseite des Formblattes A einzutragen. Desgleichen sind alle Prüfvermerke von Bauherren oder anderen Stellen nur auf der Rückseite des Formblattes A zu machen. Außer diesen Eintragungen hat der Bauausführende nur noch das Feld „Stempel und Unterschrift des Anfordernden“ auszufüllen und mit seiner Unterschrift zu versehen. Alle anderen Felder sind nur für Eintragungen meiner Kontingentstellen bzw. Eintragungen der Eisenverrechnungsstelle der Rüstungskontor GmbH bestimmt.

Der Eisenanforderungsschein ist nach Ausfüllung mit den Vordrucken A, B und C von den Bauausführenden an den Bauherren zu senden. Der Vordruck D bleibt beim Anfordernden als Beleg. Der Bauherr hat die Möglichkeit, seinen Prüfungsvermerk auf der Rückseite des Vordruckes A einzutragen und gegebenenfalls auch von ihm gewünschte Berichtigungen des angeforderten Bezugsrechtes zu vermerken. Der Eisenanforderungsschein mit den Vordrucken B und C wird alsdann von den Bauherren an die für das Bauvorhaben zuständige Kontingentstelle beim Baubevollmächtigten des Reichsministeriums Speer gegeben. Nach Anerkennung der Bezugsrechte durch die Kontingentstelle und der Eisenverrechnungsstelle der Rüstungskontor GmbH erhält der Anfordernde den Eisenschein zurück.

Geheime Staatspolizei

Anforderung der Dienstkleidung für die Grenzpolizei.

RdErl. des RSHA. vom 23. 10. 1942

— II C 2⁵ Nr. 9307/42 —

(1) Die Angehörigen der bisherigen Grenzpolizei sind bis zum 30. 9. 1941 von der Kleiderkasse der Grenzpolizei mit Dienstkleidung ausgestattet worden. Soweit die Dienststellen nach diesem Zeitpunkt Ersatzuniformen für die im Grenzdienst tätigen Angehörigen der Sich.Pol. angefordert haben, sind diese — mit wenigen Ausnahmen — geliefert worden. Abgelehnt werden mußten nur Anträge, die auf Ausstattung mit einer 2. Garnitur Dienstkleidung abzielten. Diese kann mit Rücksicht auf die gespannte Rohstofflage leider nicht zugestanden werden.

(2) Um aber ihre ordnungsmäßige Ausstattung künftig zu erreichen, und die bisher üblichen Einzelanforderungen, die den Geschäftsbetrieb außerordentlich belasten, zu unterbinden, ist künftig vierteljährlich bei den Grenzdienststellen eine Prüfung der Dienstkleidung vorzunehmen. Die Prüfung ist von dem leitenden Verwaltungsbeamten des Innenministeriums oder dem Sachbearbeiter für die Bekleidungswirtschaft der Dienststelle auszuführen, der die Grenzdienststelle wirtschaftlich zugeteilt ist; neben dem Leiter der Staatspolizei(leit)stelle sind diese für

die Ausstattung mit einwandfreier Dienstkleidung verantwortlich. Die hierbei zum Austausch oder zur Ergänzung festgestellten Dienstkleidungsstücke sind nach Zahl und Art unter Angabe der erforderlichen Größen beim RSHA. (Ref. II C 2⁵) anzufordern. Alle Anträge auf Zuweisung von Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken sind grundsätzlich über die zuständige Staatspolizei(leit)stelle und außerhalb des Reichsgebiets über den zuständigen Kommandeur oder Befehlshaber zu leiten.

An die Geh. Staatspolizei.

Befehlsblatt S. 337

Verschiedenes

Verlust von Dienstaussweisen, Hausausweisen und Erkennungsmarken

Dienstaussweis Nr. 12 774, ausgestellt für den Kriminalangestellten Bruno Hartl, Staatspolizeistelle Litzmannstadt,

Dienstaussweis Nr. 1033, ausgestellt für den Kriminalrat Günther Sadzik, Staatspolizeileitstelle Berlin,

Dienstaussweis Nr. 25 026, ausgestellt für den Amtsrat Lutter, RSHA. — Ref. II D 4 —,

Dienstausweis Nr. 25 309, ausgestellt für den Kriminalangestellten Erwin Korte, RSHA. — Ref. IID 3a —,

Hausausweis Nr. 1537, ausgestellt für den Büroangestellten Max Rosenbaum, RSHA. — Ref. IID —,

Hausausweis Nr. 29, ausgestellt für die Kanzleiangestellte Eva Schröder, Staatspolizeileitstelle Berlin,

Hausausweis Nr. 48, ausgestellt für den Angestellten (Dolmetscher) Alfons Kaczmarek, Staatspolizeileitstelle Dresden,

Hausausweis der Sich.Pol. u. des SD Nr. 1225, ausgestellt für den **Untersturmführer Förster**, Pers.Stab RF//,

Hausausweis Nr. 1291, ausgestellt für den **Unterscharführer Sonntag**, Pers.Stab RF//,

Arbeitsausweis zum Betreten der Reichskanzlei, ausgestellt für den Arbeiter Fritz Kersten, Reichssicherheitsdienst, sowie

die Erkennungsmarken der Geh. Staatspolizei Nr. 3508 und 13 826

sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt. Bei Auffindung wird um umgehende Übersendung an das RSHA. — Ref. IA 1 —, ersucht.

(I A 1 Nr. 388/41) — Befehlsblatt 1942 S. 337.

Verlust eines Dienstausweises.

Der am 11. 3. 1942 für **Standartenführer Walter Potzelt**, **№-Nr. 3838**, erstellte rote Dienstausweis Nr. 13/42 ist verlorengegangen. Der Ausweis wird für ungültig erklärt. Bei Auffindung wird um umgehende Einsendung an das RSHA., Ref. I A 5, gebeten.

(I A 5 d. Az.: 2 160) — Befehlsblatt 1942 S. 338.

Verlust eines Dienstausweises.

Der rote Dienstausweis Nr. 26 275, ausgestellt für **Karl Schnäbele**, Oberleutnant der Schutzpolizei beim Reichssicherheitsdienst, ging anlässlich eines Bandenüberfalles verloren und wurde wahrscheinlich von der Bande erbeutet. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

(I A 1 a Nr. 388/41) — Befehlsblatt 1942 S. 338.

Dienststellenverlegung.

Das **Personalhauptamt** hat seine Dienststelle nach

Berlin-Charlottenburg 4,
Wilmsdorfer Str. 98/99

verlegt. — Fernruf: Berlin 323 996 (Sammelnummer)

(II A 1 Nr. 807/42-160 //) — Befehlsblatt 1942 S. 338.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Generalmajor d. Pol.: **Brigadeführer Ohlendorf**;

zum Krim.Rat: **Untersturmführer Krim.Komm. Giering**;

zum Pol.Ob.Inspector: **Obersturmführer Pol. Inspektor Fröhlich**.

Abgeordnet: **Obersturmbannführer Günther Herrmann** zur E.-Gr. D (E.-Kdo. 12) u. **Sturmbannführer Suhr** zum Befh. Kiew (Sond.Kdo. 4b).

Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Krim.Rat: **Hauptsturmführer Krim.Komm. Steffen** (Lublin).

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Krim.Kommissar: die Krim.Kommissare z. Pr. **Hauptsturmführer Wrede** (SP.-Schule Fürstenberg), **Untersturmführer Himmel** (Köln), **Untersturmführer Menn** (Köslin) u. **Untersturmführer Schampel** (Innsbruck);
zum Pol.Inspector: apl. Pol.Inspector **Siebert** (Berlin).

Versetzt: **Sturmbannführer Reg.Rat Freytag** (Braunschweig) n. Königsberg als Leiter;
Krim.Rat Seyler (RSHA.) n. Hohensalza;

Hauptsturmführer Pol.Ob.Inspector Metz (Köslin) n. Allenstein u. **Pol.Ob.Inspector Manneck** (Altenstein) n. Köslin;

Hauptsturmführer Krim.Komm. Noa (Stapoleitst. Berlin) zum RSHA.;

Bewerber Pol.Insp. König (Kdr. Warschau) n. Saarbrücken.

Die Versetzung des **Staffel-Sturmscharführers Pol.Ob.Insp. Borchert** (Posen) n. Stettin ist aufgehoben worden.

Die Versetzung des **Obersturmführers Pol. Insp. Heise** (Stettin) zum RSHA. ist bis zum 31. 12. 1942 zurückgestellt.

Abgeordnet: **Sturmbannführer Schindhelm** (Dresden) zur E.-Gr. B (Sond.Kdo. 8);

die **Hauptsturmführer Pol.Ob.Inspektoren Schwin** (Saarbrücken) zum RSHA. u. **Schrank** (Posen) n. Stettin.

SD.

Versetzt: die **Hauptsturmführer Dr. Ulrich Wegener** zum RSHA.-III u. **Herbert Weichelt** zum Kdr. Krakau;

Obersturmführer Hans Schreeb zum Kdr. Krakau;

Untersturmführer Werner Zipperling zum Insp. Düsseldorf.

Kommandiert: **Hauptsturmführer Willi Schaack** zum RSHA.-III.

Ernannt: **Hauptsturmführer Heinrich Bachmann** zum Leiter einer ASt. beim SD-LA. Hamburg,

Obersturmführer Richard Glück zum Sachbearb. beim Befh. Prag.

Berichtigung: Die im Befehlsbl. 1942 S. 288 veröffentlichte Versetzung des **Obersturmführers Franz Jankowiak** wird dahingehend berichtigt, daß J. nicht zum SD-A. Litzmannstadt versetzt, sondern kommandiert ist.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz

Ernannt zum Krim.Assistenten: apl. Krim.Assistent **Martin König** (Stapost. Chemnitz).

— Befehlsblatt 1942 S. 338.

Befehlsblatt

Ausgabe B

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 51

Berlin, den 14. November 1942

3. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 31. 10. 42 Sonder-
spende der Polizei zum KWHW. 1942/43. S. 339. —
RdErl. 2. 11. 42 Steuerliche Behandlung einmaliger
Sterbegeldbeihilfen an die Hinterbliebenen gefalle-
ner Gefolgschaftsmitglieder. S. 339. — RdErl.
3. 11. 42 Beschlagn. von Druckschriften, die nicht in
die Liste des schädli. u. unerwünschten Schrifttums

eingereicht sind. S. 340. — RdErl. 4. 11. 42 Weige-
rung von Gefolgschaftsmitgliedern zu einem Einsatz
in den besetzten Gebieten. S. 340. — RdErl. 4. 11. 42
Arbeitsbücher u. Arbeitsbuchkarten. S. 340.
Verschiedenes. Berichtigung zum Verzeichnis der
Krim.Pol.(Leit)stellen. S. 342.
Personalmitteilungen. S. 342.

Sicherheitspolizei und SD

Sonderspende der Polizei zum KWHW. 1942/43.

RdErl. des RFH u. ChdDtPol. i. RMdI. vom 31. 10. 1942

— O.Kdo. I-I a (Ic) 69 Nr. 2/42 u. S II A 1

Nr. 796/42-151 —

(1) Mit Rücksicht auf den großen Kräfteinsatz
der Polizei an allen Fronten ist von der Veranstalt-
ung des „Tages der Deutschen Polizei“ für das
KWHW. 1942/43 Abstand genommen worden.

(2) Wie in den vergangenen Jahren wird sich
auch in diesem Jahr die Polizei durch ihr eigenes
Opfer an dem größten Hilfswerk aller Zeiten be-
teiligen und durch freiwillige Opferspenden ihre Ver-
bundenheit zur deutschen Volks- und Schicksals-
gemeinschaft unter Beweis stellen. Ich erwarte von
jedem Angehörigen der Polizei, daß er in dem ge-
waltigen Ringen um die Freiheit unseres Volkes mit
beispielhafter Bereitschaft und Gefebfreudigkeit ein
wirkliches und persönlich abgestimmtes Opfer bringt.
Die „Sonderspende der Polizei zum KWHW. 1942/43“
muß unsere bisherigen Spenden übertreffen. Sie soll
ein Ausdruck des Dankes an den Führer und unsere
kämpfenden Kameraden sein.

(3) Zur Durchführung sind die einzelnen Spenden
in den Monaten November 1942 bis einschl. Februar
1943 listenmäßig zu erfassen und laufend einzuzahlen.
Überschüsse von Konzerten, Sportfesten und ähn-
lichen Veranstaltungen, auch bereits durchgeführten,
sind ebenfalls an das WHW. abzuführen. Allgemein
sind die Gesamtspenden bis zum 1. 3. 1943 mit den zu-
ständigen Dienststellen des WHW. abzurechnen.

(4) Die im auswärtigen Einsatz befindlichen
Offiziere, Führer, Verwaltungsbeamte, Unterführer
und Männer sind für die Sonderspende ausnahmslos
durch diejenigen Pol.-Dienststellen zu erfassen, denen
sie im ausw. Einsatz unterstehen.

(5) Die höheren Verwaltungsbehörden im Reichs-
gebiet bzw. die Höheren H- und Polizeiführer in den
übrigen Gebieten melden mir bis zum 15. 3. 1943 die
Endergebnisse ihrer Bereiche getrennt nach Schutz-
polizei, Gendarmerie, Sicherheitspolizei und SD,
Feuerschutzpolizei, Luftschutzpolizei, Freiwillige
Feuerwehren und Technische Nothilfe.

Verteiler pp.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 339.

Steuerliche Behandlung einmaliger Sterbegeldbeihilfen
an die Hinterbliebenen gefallener Gefolgschaftsmit-
glieder. (RdErl. d. RdF. vom 28. 5. 1942 — S. 2176-
225 III — RBesBl. S. 157 Nr. 4051.)

RdErl. des RSHA. vom 2. 11. 1942

— II C 1 Nr. 5163/42-256 —

(1) Aus Anlaß eines Sonderfalles hat mir der
Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg mitgeteilt,
daß Sterbegeldbeihilfen, die nach §§ 93 u. 95 des DBG.
für drei Monate auf einmal an die Hinterbliebenen
der gefallenen Beamten gezahlt werden, bis zum Be-
trage von 1000,— RM lohnsteuerfrei sind. Lohn-
steuerpflichtig ist nur der 1000,— RM überstei-
gende Betrag. Dasselbe gilt für Sterbegeldbeihilfen
nach der TO. A § 18 und nach der TO. B § 22.

(2) Diese Bestimmung kommt auch zur Anwen-
dung, wenn Beamte oder nichtbeamtete Gefolgschafts-
mitglieder im auswärtigen Einsatz der Sicherheits-
polizei fallen.

Zusatz f. d. Staatspolizeistelle Graz: Das FS.
vom 23. 9. 1942 — Nr. 6955 — findet hiermit seine Er-
ledigung.

An die Sicherheitspolizei.

— Befehlsblatt S. 339.

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind.

RdErl. des RSHA. vom 3. 11. 1942

— IV C 3 Nr. 4174/B —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 (neu) Nr. 4174/B — (Befehlsbl. S. 103) werden folgende Druckschriften mitgeteilt, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

Biber, Max: „Der Herrgott im Schützengraben und andere Geschichten aus dem großen Kriege“, Verlag Kanisiuswerk in Konstanz;

Isenberg, C. D.: „Daß wir Menschen würden...“, Otto Lautenbach-Verlag, Weimar/Leipzig, 1938;

Maring, Dr. A.: „Feste und Gedenktage der Kirche“, Verlag Kettelerhaus, Köln;

Nestler, Kurt: „Wirtschaft und Kameradschaft“, Nationale Verlagsgesellschaft m. b. H., Leipzig;

Wolkenau, Dr.: „Der heilige Judas Thaddäus“, Verlag Franz Schemm, Kunstanstalt G. m. b. H., Nürnberg;

Zimmermann, Werner: „Lichtwärts“, Verlag Otto Lautenbach, Buckow/Mark;

Zschaetzsch, Karl Georg: „Die Arier, Herkunft und Geschichte des arischen Stammes“, „Uralte Sippen- und Familiennamen“, „Atlantis, die Urheimat der Arier“, Arier-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 340.

Weigerung von Gefolgschaftsmitgliedern zu einem Einsatz in den besetzten Gebieten.

RdErl. des RSHA. vom 4. 11. 1942

— I A 1 d Nr. 828/42-352-7 —

Nachstehend gebe ich einen Erl. des Beauftr. f. d. Vierjahresplan vom 18. 8. 1942 zur Kenntnis und Beachtung.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 340.

Anlage:

Der Beauftragte für den Vierjahresplan.

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz.

III b 16 527/42.

Berlin, den 18. 8. 1942.

An

- a) die Herren Reichstreuhänder der Arbeit,
- b) den Herrn Reichstreuhänder f. d. öffentl. Dienst.

Weigerung von Gefolgschaftsmitgliedern zu einem Einsatz in den besetzten Gebieten.

(1) Zu der an mich herangetragenen Frage, ob ein Gefolgschaftsmitglied verpflichtet ist, im Rahmen eines Arbeitsvertrages einer Abordnung in die besetzten Gebiete nachzukommen, nehme ich folgende Stellung ein:

(2) Für die Gefolgschaftsmitglieder des öffentlichen Dienstes ist durch § 20 TO. B und § 22 TO. A die Verpflichtung zur Übernahme der Arbeit an einem anderen Ort als dem bisherigen Dienstort grundsätzlich anerkannt worden. Da eine Beschränkung auf

das Reichsgebiet nicht vorgesehen ist, muß ein Gefolgschaftsmitglied, sofern die Voraussetzungen der Besonderen Dienstordnung erfüllt sind — zumal jetzt im Kriege — auch einer Abordnung in die besetzten Gebiete nachkommen.

(3) Für die Gefolgschaftsmitglieder der privaten Wirtschaft ist diese Frage durch Tarifordnung nicht geklärt. Eine Beantwortung wird daher nach den allgemeinen das Arbeitsrecht beherrschenden Grundsätzen erfolgen müssen. Danach ist im Regelfalle davon auszugehen, daß ein Gefolgschaftsmitglied, zumindestens in der Kriegszeit ebenfalls verpflichtet ist, einer derartigen Abordnung nachzukommen, falls sie für ihn zumutbar ist. Eine solche Zumutbarkeit wird auch im Bereich der privaten Wirtschaft jedenfalls dann anzunehmen sein, wenn es sich um Arbeiten von staatspolitischer Bedeutung handelt und der Gesundheitszustand und die sonstigen persönlichen Verhältnisse des betreffenden Gefolgschaftsmitgliedes die Abwesenheit von seinem Heimatort zulassen.

(4) Nach meiner Anordnung gegen den Arbeitsvertragsbruch und Abwerbung sowie das Fordern unverhältnismäßig hoher Arbeitsentgelte in der privaten Wirtschaft vom 20. 7. 1942 ist ein Gefolgschaftsmitglied verpflichtet, die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten und im Weigerungsfalle strafbar (vgl. hierzu Reichsarbeitsbl. 1942 Heft 22 S. V 408 „Zur Wahrung der Arbeitsdisziplin“ zu § 2).

(5) Ich bitte deshalb, gegen Gefolgschaftsmitglieder, die unter den oben dargelegten Voraussetzungen einer Abordnung nicht nachkommen, einzuschreiten. Da insbesondere Gefolgschaftsmitglieder der Rüstungsindustrie in die besetzten Gebiete zu kriegswirtschaftlich außerordentlich wichtigen Maßnahmen abgeordnet werden, bitte ich, in solchen Fällen schnell und energisch durchzugreifen. Gegebenenfalls ist die Einweisung in ein Arbeits-erziehungslager zu veranlassen.

Arbeitsbücher und Arbeitsbuchkarten.

RdErl. des RSHA. vom 4. 11. 1942

— I A 1 d Nr. 848/42-352-7 —

Nachstehend gebe ich den Erl. des Beauftr. f. d. Vierjahresplan vom 11. 9. 1942 über die Behandlung der Arbeitsbücher und Arbeitsbuchkarten von Gefolgschaftsmitgliedern, die in die besetzten Gebiete oder in das Ausland abgeordnet oder versetzt werden und den Erl. des Beauftr. f. d. Vierjahresplan vom 11. 9. 1942, betr. Behandlung der Arbeitsbücher bei Beschäftigung außerhalb des deutschen Reichsgebietes, zur Kenntnisnahme und Beachtung.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 340.

Anlage I:

Der Beauftragte für den Vierjahresplan.

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz.

Va 5634/1/42.

Berlin, den 11. 9. 1942.

An die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter.

Behandlung der Arbeitsbücher und der Arbeitsbuchkarten von Gefolgschaftsmitgliedern, die in die besetzten Gebiete oder in das Ausland abgeordnet oder versetzt werden.

I.

1. Die Unternehmer (auch die öffentlichen Verwaltungen) haben die Arbeitsbücher der Gefolgschaftsmitglieder, die sie in die besetzten Gebiete oder

in das Ausland abordnen oder versetzen, während der Dauer der Abordnung oder Versetzung weiterhin aufzubewahren und zu führen. Diese Arbeitsbücher sind nicht nach § 26 Abs. 1 der Arbeitsbuch-VO. vom 22. 4. 1939 (RGBl. I S. 824) zu schließen, da die genannte Vorschrift bei Versetzung oder Abordnung von Gefolgschaftsmitgliedern außerhalb des Reiches wegen der Fortdauer ihres Arbeitsverhältnisses keine Anwendung findet.

2. Die Unternehmer müßten an sich in sinn-gemäßer Anwendung des § 13 Arbeitsbuch-VO. die Abordnung oder Versetzung eines Gefolgschaftsmitgliedes in die besetzten Gebiete oder in das Ausland als Beendigung der bisherigen und Beginn der neuen Beschäftigung in das Arbeitsbuch eintragen; nach dem Ende der Abordnung oder Versetzung müßten sie dann den Tag der Beendigung dieser neuen Beschäftigung vermerken und unter einer neuen laufenden Nummer die Wiederbeschäftigung im Reichsgebiet eintragen.

Im Interesse der Verwaltungsvereinfachung lasse ich jedoch zu, daß die Unternehmer in das Arbeitsbuch an Stelle der gesonderten Eintragung der Beschäftigung im besetzten Gebiet oder im Ausland einen hierauf hinweisenden Vermerk bei dem laufenden Beschäftigungsverhältnis in Klammern eintragen. Dieser Vermerk ist ohne Inanspruchnahme einer neuen laufenden Nummer unmittelbar unter der Eintragung des laufenden Beschäftigungsverhältnisses anzubringen, z. B. wie folgt: „Davon vom 1. 9. 1942 bis 30. 9. 1942 in der Ukraine (Kiew)“. Sollte die Art der während der Dauer der Abordnung oder Versetzung ausgeübten Beschäftigung von der in der Sp. 4 S. 7 ff. des Arbeitsbuches eingetragenen wesentlich abweichen und für das Berufsbild des Arbeitsbuchinhabers von Bedeutung sein, so ist diese Beschäftigung besonders anzugeben. In dem angeführten Beispiel ist dann folgender Zusatz anzufügen: „als . . . (z. B. Lokomotivheizer)“.

3. Die Unternehmer haben nach § 16 Arbeitsbuch-VO. das Ende der Beschäftigung im Reichsgebiet vor der Abordnung oder Versetzung eines Gefolgschaftsmitgliedes sowie seine Wiederbeschäftigung im Reichsgebiet nach dem Ende der Abordnung oder Versetzung auf dem vorgeschriebenen Formblatt unverzüglich dem zuständigen Arbeitsamt gesondert anzuzeigen. Für die Anzeigen sind die Formblätter Ab—Az 7 (Postkartenform) und Ab—Az 11 (Blattform) bestimmt, da in ihnen auch Angaben des Unternehmers über die Abordnung oder Versetzung vorgesehen sind; diese Vordrucke sind bei den Arbeitsämtern kostenlos erhältlich.

Tritt durch die Abordnung oder Versetzung eines Gefolgschaftsmitgliedes in die besetzten Gebiete oder in das Ausland eine Änderung der Krankenkassenmitgliedschaft ein¹⁾ und haben die Unternehmer deshalb nach § 17 Arbeitsbuch-VO. an Stelle des Formblatts Ab—Az 7 oder Ab—Az 11 die für die Krankenkassenan- und abmeldungen vorgeschriebenen Vordrucke Ab—Az 8 und Ab—Az 9 zu benutzen, deren Durchschrift als Arbeitsbuchanzeige gilt, so ist in diesen Fällen die Abmeldung Ab—Az 9 in der Spalte „Austritt am“ durch den Vermerk „abgeordnet (bzw. versetzt) am nach“ und die Anmeldung Ab—Az 8 in der Spalte „eingestellt am“ durch den Vermerk „ab-

geordnet (bzw. versetzt) am von“ vom Unternehmer zu ergänzen.

4. Die Arbeitsämter können auf Antrag der Unternehmer auf die Erstattung von Einzelanzeigen verzichten und Sammelanzeigen für mehrere Gefolgschaftsmitglieder, in denen die erforderlichen Angaben enthalten sein müssen, zulassen.

II.

(1) Die Arbeitsämter haben bei Eingang der Anzeige über das Ende der Beschäftigung im Reichsgebiet eines abgeordneten oder versetzten Gefolgschaftsmitgliedes die Abordnung oder Versetzung auf der Rückseite der Arbeitsbuchkarte unter der letzten Beschäftigungseintragung zu vermerken, z. B. „Abgeordnet nach der Ukraine (Kiew) als Lokomotivheizer vom 1. September 1942 bis“. Die Arbeitsbuchkarte ist in der ruhenden Kartei abzustellen und in entsprechender Anwendung des RdErlasses V a 5641/18 vom 11. 4. 1942 zu bereichern.

(2) Bei Eingang der Anzeige über die Wiederbeschäftigung eines Gefolgschaftsmitgliedes im Reichsgebiet nach dem Ende der Abordnung oder Versetzung ist auf der Rückseite der Arbeitsbuchkarte das Ende der Abordnung oder Versetzung einzutragen, der Reiter zu entfernen und die Arbeitsbuchkarte wieder in die Hauptkartei zu übernehmen.

Anlage II:

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

Der Generalbevollmächtigte
für den Arbeitseinsatz

V a 5622/104/42

Berlin, den 11. 9. 1942.

An die Landesarbeitsämter
und Arbeitsämter.

Behandlung der Arbeitsbücher bei Beschäftigung außerhalb des deutschen Reichsgebiets.

Der RdErl. V a 5622/12/42 vom 3. 2. 1942 (Reichsarbeitsbl. S. I 58) wird, wie folgt geändert:

Da die reichsrechtlichen Arbeitsbuchvorschriften in den besetzten Gebieten und im Ausland nicht gelten, scheiden Arbeitsbuchinhaber, die nach Beendigung ihres bisherigen Arbeitsverhältnisses dort eine Beschäftigung aufnehmen, aus dem Kreise der Personen aus, die das Arbeitsbuch haben müssen. Ihr Arbeitsbuch ist deshalb nach § 26 Abs. 1 der VO. über das Arbeitsbuch vom 22. 4. 1939 (RGBl. I S. 824) zu schließen. § 26 Abs. 2 Nr. 1 der VO. über das Arbeitsbuch, wonach das Arbeitsbuch beim Arbeitsamt verbleibt, findet keine Anwendung, wenn der Inhaber das Reichsgebiet nicht auf die Dauer verläßt. Kehren die Arbeitsbuchinhaber in das Reichsgebiet zurück, um dort wieder eine arbeitsbuchpflichtige Berufstätigkeit aufzunehmen, so ist ihr Arbeitsbuch nach § 26 Abs. 1 der VO. über das Arbeitsbuch wieder zu eröffnen

oder Gehaltsabrechnung von einer Stelle im Reich vorgenommen wird;

- b) wenn der Versicherte in den besetzten Gebieten in einem Betrieb beschäftigt ist, für den im Reich eine Betriebskrankenkasse oder die Seekasse zuständig ist;
- c) wenn der Versicherte vor Aufnahme der Beschäftigung in den besetzten Gebieten Mitglied einer Ersatzkasse war und nach der Art der Beschäftigung in den besetzten Gebieten weiterhin Mitglied der Ersatzkasse bleiben darf.

In allen anderen Fällen sind die in den besetzten Gebieten beschäftigten deutschen Staatsangehörigen bei der für das betreffende Gebiet zuständigen deutschen Krankenkasse anzumelden. — Für die besetzten Ostgebiete erfolgt demnächst eine Sonderregelung; bis dahin gelten auch für die besetzten Ostgebiete die vorstehenden Grundsätze.

¹⁾ Anmerkung: Bei einer Beschäftigung in den besetzten Gebieten tritt eine Änderung der Kassenzuständigkeit nicht ein,

a) wenn der Versicherte von einem Betrieb oder einer Verwaltung im Reich nach den besetzten Gebieten abgeordnet ist; eine Abordnung liegt vor, wenn die Lohn-

Die Beschäftigung im besetzten Gebiet oder im Ausland kann nicht von dem Unternehmer in das Arbeitsbuch eingetragen werden, da die Vorschriften über das Arbeitsbuch dort nicht gelten. Auf Antrag der aus dem besetzten Gebiet oder dem Ausland in das Reichsgebiet zurückgekehrten Arbeitsbuchinhaber hat das zuständige Arbeitsamt anlässlich der Wiedereröffnung des Arbeitsbuches die im besetzten Gebiet

oder im Ausland ausgeübte Beschäftigung auf Grund von Unterlagen (z. B. Zeugnissen) auf S. 6/7 ff. des Arbeitsbuches einzutragen. Die Eintragung erfolgt im Anschluß an den Wiedereröffnungsvermerk.

Bei Gefolgschaftsmitgliedern, die in die besetzten Gebiete oder in das Ausland abgeordnet oder versetzt werden, findet dieser Erl. keine Anwendung; es gilt für sie RdErl. V a 5634/1 vom 11. 9. 1942.

Verschiedenes

Berichtigung

zum Verzeichnis der Kriminalpolizei(leit)stellen.

Seite 3 (Königsberg/Pr.): Leiter: //Obersturmchef ObReg. u. -krim.Rat Dr. Brichta.

Seite 6 (Stettin): Leiter: Wohnung: Stettin, Straßburger Str. 48 I; Anruf privat: 35 231, Hausanschl. 8483.

Seite 8 (Schwerin/M.): Leiter: //Hauptsturmchef Krim.Rat Gustav Siedentopf.

Seite 46 (Kassel): Chef: Wohnung: Kassel, Weigelstraße 7; Anruf dienstl. u. privat: 35 041—35 048;

Leiter: //Sturmchef Krim.Dir. Friedrich Weber; Wohnung: Kassel, Hermannstr. 6.

Seite 65 (Hamburg): Krim.Abt. Cuxhaven: Diensträume: Holstenstr. 4 II.

Seite 70 (Linz): Leiter: beauftragt: Krim.Rat Robert Matzke.

Seite 75 (Danzig): Krim.Abt. Elbing: Ständiger Vertr. d. Leiters: Wohnung: Gneisenastr. 12.

Seite 76 (Bromberg): Krim.Abt. Thorn: Chef: Wohnung: Ludendorffstr. 14.

(II A 1 b Nr. 2017 VIII/41-158)

— Befehlsblatt 1942 S. 342.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Ob.Reg.Rat: //Sturmchef Reg.Rat Dr. Kaufmann;

zum Amtsrat: die Reg.Amtmänner Stark u. Kuhfahl;

zum Reg.Amtmann: die //Hauptsturmchef Reg.-Ob.Insp. Borth, Heuser u. Meißner, Staffelmann Reg.-Ob.Insp. Mauruszat.

Übernommen in den Dienst der Sich.Pol. unter Versetzung zum RSHA.: //Hauptsturmchef Reg.Rat Rühberg (bisher Landratsamt d. Krs. Stargard in Neu-Strelitz).

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Reg.Direktor: //Obersturmchef Ob.Reg.Rat Oldach (Schwerin);

zum Polizeirat: Pol.-Ob.Insp. Krüger (Graz);

zum Pol.Inspektor: //Oberscharführer Pol.-Anw. Hummel (Frankfurt/M.).

Versetzt: //Hauptsturmchef Pol.Rat Rusche (Karlsbad) n. Halle;

//Hauptsturmchef Pol.-Ob.Insp. Stock (Magdeburg) n. Münster;

die //Obersturmchef Krim.Komm. Maywitz (Berlin) n. Kattowitz, Schauschütz (Berlin) n. Brunn, Häfner (Berlin) n. Innsbruck;

//Obersturmchef Pol.-Insp. Gehler (ADSt. Wesermünde) n. Bremen, //Untersturmchef Pol.-Insp. Gutt (Köslin) zum RSHA., //Bewerber Pol.-Insp. Josef Weber (Köln) n. Danzig.

Abgeordnet: //Hauptsturmchef Reg.Rat Breder (Düsseldorf) zur E.-Gr. A;

//Untersturmchef Pol.-Insp. Franzke (Trier) zum Arbeitserziehungslager Hinzert, Pol.-Insp. Wachholz (Stuttgart) zum Befh. Riga.

Die Abordnung des //Untersturmchefs Pol.-Insp. Wilhelm Mai (Trier) zum Arbeitserziehungslager Hinzert ist aufgehoben worden.

Entlassen: //Sturmchef Krim.Komm. Grauer (Berlin).

SD.

Versetzt: //Obersturmchef Wilhelm Wiens zum SD-A. Koblenz als Führer dieses Abschnittes;

die //Hauptsturmchef Emil Herrmann zum SD-LA. Wien u. Emil Karth zum SD-LA. Breslau; die //Obersturmchef Walter Scholz zur SD-Dienstst. Königgrätz, Karl Pamer zum RSHA.-III, Rudolf Neumann zum RSHA.-I, Willy Dreise zur SD-Dienstst. Brunn, Johannes Thöne zur SD-Dienstst. Prag;

//Untersturmchef Dr. Erich Schneider zur SD-Dienstst. Brunn.

Ernannt: //Hauptsturmchef Fritz Klein zum Persönl. Ref. beim Befh. Prag;

//Obersturmchef Josef Ainser zum Mitarb. beim SD-LA. Prag;

die //Untersturmchef Emil Schuchmann zum Hilfsref. beim SD-LA. Hamburg u. Wilhelm Alwang zum Hilfsref. beim SD-A. Nürnberg.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Krim.Sekr.: die Krim.-Ob.Assistenten Franz Adams, Paul Belgner, Norbert Buchner, Walter Büchner, Peter Dienstknecht, Karl Feierabend, Fritz Hillesheim, Wilhelm Hölten, Kurt Huchel, Karl Klingbeil, Hans Lunau, Hans Nerlich, Walter Schmitz, Adolf Weis (sämtl. KPLSt. Düsseldorf) u. Kurt Horsch (Stapoleitst. Karlsruhe);

zum Krim.-Ob.Assistenten: Krim.Assistent Bruno Pieck (KPSt. Magdeburg).

Berichtigung: Die Heimatdienststelle des im Befehlsbl. Nr. 46, S. 295, im Nachruf aufgeführten //Oberscharführers Krim.-Ob.Ass. Bernhard Rohda ist nicht, wie irrtümlich angegeben, die Staatspolizei-stelle Saarbrücken, sondern die Kriminalpolizei-stelle Düsseldorf.

— Befehlsblatt 1942 S. 342.

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 52

Berlin, den 21. November 1942

3. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 4. 11. 42 Einstellung von Ersatz- u. Ergänzungskräften. S. 343. — RdErl. 7. 11. 42 Beheizung d. Dienstgebäude. S. 343. — RdErl. 7. 11. 42 Liste des schädli. u. unerwünschten Schrifttums. S. 344. — RdErl. 11. 11. 42 Anrechnung von Dienstzeiten in der NSDAP. u. ihren Gliederungen. S. 344. — RdErl. 12. 11. 42 Verbot ausl. Druckschriften. S. 344. — RdErl. 13. 11. 42 Verbot ausl. Druckschriften. S. 344. — RdErl. 13. 11. 42 Vereinfachungen auf dem Gebiet des Besoldungs- u. Diätendienstalters. S. 344. — RdErl. 13. 11. 42 Genehmigungspflicht für Fernsprechnebenstellen-

anlagen u. Einzelanschlüsse. S. 345. — RdErl. 14. 11. 42 Auszeichnung mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. S. 345. — Berichtigung. S. 345.

Geheime Staatspolizei. RdErl. 28. 10. 42 Aufhebung der Bereitsstellung von Kfz. für den Einsatz. S. 345.

Reichskriminalpolizei. RdErl. 10. 11. 42 Auskunft aus dem Strafregister. S. 345.

Verschiedenes. RdErl. 5. 11. 42 Wohnungsfürsorge. S. 345. — Verlust eines Dienstausweises. S. 346.

Personalmitteilungen. S. 346.

Sicherheitspolizei und SD

Einstellung von Ersatz- und Ergänzungskräften.

Erl. des RSHA. vom 4. 11. 1942

— I A 1 d Nr. 665/42 —

(1) Bei den Einsatzdienststellen in den besetzten Gebieten besteht nach wie vor großer Bedarf an Hilfskräften. Erforderlich sind vor allen Dingen Schreib-, Registratur- und Bürokräfte, Kräfte mit Kenntnissen im Kassen- und Verwaltungswesen, Kraftfahrer, Dolmetscher usw.

(2) Ich ersuche daher, laufend mit allem Nachdruck um die Einstellung solcher Kräfte bemüht zu sein. Obwohl die Einstellungsmöglichkeiten örtlich bedingt sind, muß sich doch bei zielbewußter Inangriffnahme dieser Aufgabe ein befriedigendes Ergebnis erzielen lassen. Sobald dabei die Neueinstellenden für den Dienst in der Sicherheitspolizei geeignet sind, sind sie als Ersatz- und Ergänzungskräfte gemäß RdErl. vom 1. 7. 1942 (Befehlsbl. S. 187) einzustellen.

(3) Soweit Stellen für Ersatz- und Ergänzungskräfte nicht vorhanden sind, kann aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung auf einen gesonderten Antrag vor Einstellung der Ersatzkräfte verzichtet werden. Derartige Stellen werden nachträglich von hier aus zugewiesen.

(4) Sämtliche auf diese Weise neu eingestellten Kräfte sind umgehend dem RSHA. — Ref. I A 1 — für den auswärtigen Einsatz anzubieten.

(5) Die Dienststellen melden vierteljährlich — erstmalig zum 1. 1. 1943 — die Zahl der für den auswärtigen Einsatz eingestellten Ersatz- und Ergänzungskräfte.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 343.

Beheizung der Dienstgebäude.

RdErl.

(1) Nach
sterns li

im laufenden Kohlenwirtschaftsjahr bereits jetzt klar erkennen, daß die Brennstoffversorgung im kommenden Winter sich schwieriger gestalten wird als im vergangenen Winter. Ein Durchhalten der Heizung wird daher nur dann möglich sein, wenn alle Einsparungsmöglichkeiten restlos ausgeschöpft werden.

(2) Für die Kassenanschlagstellen der Sich. Pol. und den SD wird daher folgendes angeordnet:

1. Die Dienststellenleiter — beim RSHA.: die Hausherrn — haben geeignete Beamte zu bestimmen, die die Beheizung der Diensträume laufend überwachen und für eine größtmögliche Einsparung an Brennstoffen, gleichzeitig auch an elektr. Strom und Gas Sorge tragen.

2. Die Höchsttemperatur bei der Beheizung der Diensträume wird auf 18° C festgesetzt. Diese Temperatur darf nicht überschritten werden.

3. Die Verwendung zusätzlicher Heizgeräte (Gas oder Elektrizität) wie Heizsonnen usw. ist nur in den Luftschutzräumen oder in dringenden Ausnahmefällen mit ausdrücklicher Genehmigung des Dienststellenleiters — beim RSHA.: des Hausherrn — gestattet. Zur Spitzenentlastung der Elektrizitätswerke soll auch bei zugelassenen Geräten ein Betrieb in der Zeit von 7—10 und von 16—19 Uhr unterbleiben. — Nicht zugelassene Heizgeräte sind einzusammeln und aufzubewahren.

4. Die mit der Bedienung der Heizungsanlagen betrauten Personen sollen an den einschlägigen Kursen der DAF. über die wärmewirtschaftlich rationellste Ausnutzung der Brennstoffe teilgenommen haben. Ferner ist die Befolgung der Bedienungsvorschriften der Reichsarbeitsgemeinschaft für Wärmewirtschaft und die Führung eines Heiztagebuches besondere Pflicht des Heizpersonals. Wegen Verbuchung der Kursgebühren und Beschaffung der Bedienungsvorschriften wird auf die RdErl. vom 29. 8. 1940

(Befehlsbl. S. 93) und vom 7. 5. 1941 (Befehlsbl. S. 84) hingewiesen.

(3) Jedes Kilowatt Elektrizität, jedes Kubikmeter Gas und jedes Kilogramm Kohle, die erspart werden, stehen der Rüstung zusätzlich zur Verfügung. Es wird deshalb erwartet, daß vorstehende Anordnung genaustens befolgt und darüber hinaus jede sich bietende Gelegenheit zur Einsparung von Heizstoffen und elektr. Strom wahrgenommen wird.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 343.

Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums.

RdErl. des RSHA. vom 7. 11. 1942

— IV C 3 —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 23. 5. 1940 (Befehlsbl. S. 37) werden folgende neue Einreihungen mitgeteilt:

Hunnius, Monika: „Mein Elternhaus“, Eugen Salzer-Verlag, Heilbronn, 1940;

Hahn, Freiherr von, Paul: „Die Augen des unbekannten Soldaten“, Verlag C. Pechstein, München;

Zinner-Biberach, (Dr. M. Winter), F.: „Führer, Volk und Tat — Geschichte und Gestaltung der Neuen Nation“, C. Pechstein-Verlag, München, 1934.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 344.

Anrechnung von Dienstzeiten in der NSDAP. und ihren Gliederungen auf das Besoldungsdienstalter.

RdErl. des RFH/ChdDtPol. i. RmDI. vom 11. 11. 1942 — S II C 1 Nr. 2510/42-246 —*)

Vor dem vollendeten 17. Lebensjahr abgeleistete Vordienstzeiten in der NSDAP. und ihren Gliederungen können bei der Anrechnung auf das BDA. nicht berücksichtigt werden.

An die Kassenanschlagstellen der Sich.Pol. — Befehlsblatt S. 344.

*) Vorgang:

RdErl. vom 8. 5. 1941 (Befehlsbl. S. 83),

RdErl. vom 24. 2. 1942 (Befehlsbl. S. 77),

RdErl. vom 2. 7. 1942 (Befehlsbl. S. 183).

Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RFH/ChdDtPol. i. RmDI. vom 12. 11. 1942 — S IV C 3 Nr. 8558/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung der

Gesamtproduktion des Verlages Bibelschule Beatenberg (Schweiz), Herausgeber Dr. Gertrud Wasserzug-Draeder, verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 344.

Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RFH/ChdDtPol. i. RmDI. vom 13. 11. 1942 — S IV C 3 Nr. 8668/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung des Buches

„Vorzeit der Schweiz“ von Ernst Ueberschär, M. S. Metz, Zürich o. J.,

verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt

Vereinfachung auf dem Gebiete des Besoldungs- und Diätendienstalters.

RdErl. des RFH/ChdDtPol. i. RmDI. vom 13. 11. 1942 — S II C 1 Nr. 2351/42-246 —

(1) Durch die beiden RdErl. vom 4. 8. 1942 und 1. 9. 1942 (MBliV. S. 1629 u. 1772) sind die Kassenanschlagstellen ermächtigt, bei den Polizeiverwaltungsbeamten der BesGr. A 11 bis A 3 b Vordienstzeiten nach § 6 Satz 1 u. 2 BesG. auf das BDA. und nach Nr. 82 BV. auf das DDA. ohne meine Mitwirkung selbständig anzurechnen.

(2) Diese Ermächtigung setzt voraus, daß der Umfang der Anrechnung den bisher üblichen Rahmen nicht überschreitet. Nähere Ausführungen hierüber sind enthalten in Abs. 3 des RdErl. vom 4. 8. 1942 (MBliV. S. 1629) und in dem Artikel „Zur Anrechnung von Vordienstzeiten auf das Diätendienstalter und Besoldungsdienstalter“ auf S. 19 der Nr. 10 von „Verwaltung, Recht und Polizeiverwendung“ (Beilage zu Nr. 20 der Zeitschrift „Die Deutsche Polizei“ v. 15. 10. 1942).

(3) Im übrigen weise ich noch besonders auf folgendes hin:

a) Anrechnungsfähig sind nur Beschäftigungszeiten mit förderlicher und gleichwertiger Tätigkeit, soweit sie nach Vollendung des 20. Lebensjahres zurückgelegt sind.

b) Nicht im Beamtenverhältnis verbrachte Vordienstzeiten können höchstens zur Hälfte berücksichtigt werden. Ergibt sich hierbei ein halber Tag, so ist statt dessen ein ganzer Tag zu rechnen.

c) Angerechnet wird nicht wie bei den Vordienstzeiten in der NSDAP. und ihren Gliederungen (vgl. RdErl. vom 2. 7. 1942 — Befehlsbl. S. 183) unmittelbar auf das BDA., sondern zunächst auf ein nach § 17 BesG. zu ermittelndes DDA. Der anzurechnende Zeitraum ist hierbei um die laufbahnmäßig vorgeschriebene Vorbereitungszeit zu kürzen, soweit diese nicht bereits abgeleistet ist (Nr. 28 Abs. 3 und Nr. 86 BV.). Aus dem verbesserten DDA. wird durch Anwendung des § 5 Abs. 2 BesG. das BDA. ermittelt (vgl. Nr. 18 BV.).

d) Durch die Anrechnung der Vordienstzeiten darf sich das bisherige BDA. der Beamten höchstens um vier Jahre verbessern (§ 6 Abs. 2 BesG.).

e) Eine Anrechnung ist nur für Beamte der Angangsgruppe, in der der Beamte zum erstenmal planmäßig angestellt wird, angestellt werden müßte (vgl. Nr. 39 und 84 Abs. 1 BV.). Das BDA. in den Beförderungsrufen ist lediglich nach den hierfür maßgebenden Vorschriften (§ 7 Abs. 1 bis 6 BesG.) zu ermitteln.

f) Vordienstzeiten können nur zum Ausgleich von Härten berücksichtigt werden. Nach Ermittlung des anrechnungsfähigen Zeitraums ist daher in jedem Falle der Vergleich nach Nr. 28 Abs. 5 oder Nr. 82 Abs. 2 BV. anzustellen. Da hierbei das Prüfungsdienstalter als Maßstab meistens versagt, ist ein Durchschnittslebensalter zugrunde zu legen. Dementsprechend kann das BDA., wenn sich nicht nach den Regelvorschriften (§ 5 BesG.) bereits ein günstigerer Zeitpunkt ergeben hat, höchstens festgesetzt werden

in den BesGr. A 11 bis A 10 a auf den Ersten des Monats, in dem der Beamte das 29. Lebensjahr,

in den BesGr. A 9 und höher auf den Ersten des Monats, in dem der Beamte das

Für das DDA.

in den BesGr. A 11 bis A 10 a ein Durchschnittsalter von 24 Jahren,
in den BesGr. A 9 und höher ein solches von 27 Jahren.

g) Nachzahlungen auf Grund des verbesserten BDA. oder DDA. können frühestens vom Ersten des Antragsmonats ab geleistet werden (Nr. 10 und Nr. 81 Abs. 1 BV.).

An die Kassenanschlagstellen
der Sich.Pol. — Befehlsblatt S. 344.

Genehmigungspflicht für Fernsprechnebenstellenanlagen und Einzelanschlüsse.

RdErl. des RSHA. vom 13. 11. 1942

— II D 2 Nr. 3824/42 —

(1) Der Generalbevollmächtigte für das technische Nachrichtenwesen hat infolge der Rohstofflage auf Nachrichtenmittelsystem außer einem Fertigungsvorrat verschiedener Fernsprechgerätetypen eine bessere Genehmigungspflicht für Fernsprechnebenstellenanlagen und Einzelanschlüsse angeordnet.

(2) Danach sind grundsätzlich Anträge auf Herstellung, Erweiterung und Verlegung von Fernsprecheinrichtungen nur dann zu stellen, wenn die Notwendigkeit durch Kriegsaufgaben bedingt ist und eine Unterlassung der Einrichtung zu einer Schädigung der Kriegsführung oder Wehrwirtschaftsversorgung Anlaß geben würde. Die Durchführung der Einrichtung ist außer von meiner Zustimmung von der Genehmigung des GBN. bzw. RPM. abhängig. Bei allen Anträgen — die nur an das RSHA. (II D 2) zu richten sind — ist daher ein ganz besonders strenger Maßstab anzulegen.

(3) Für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens sind von der Reichspost zwei Formblätter eingeführt worden, die bei den örtlichen Fernsprechanmeldestellen bereitgehalten werden. Davon ist das große Formblatt (2 Blätter) für Anträge auf Genehmigung zur Einrichtung, Erweiterung oder Verlegung von Fernsprechnebenstellenanlagen und das kleinere Formblatt (1 Blatt) für Anträge auf Genehmigung zur Einrichtung oder Verlegung von Fernsprechnebenstellen bestimmt.

in den Formblättern vorgesehene Spalte ist von den beantragenden Stellen auszufüllen. Die Erläuterungen müssen die Kriegswichtigkeit bzw. wehrwirtschaftliche Dringlichkeit erkennen lassen. Allgemeine Angaben, wie z. B., daß eine Anlage aus dienstlichen Gründen benötigt wird, der Beamte Leiter einer Abteilung ist und jeder zu erreichen sein muß, genügen nicht.

(5) Für die Dienststellen des SD des RFH bleibt hinsichtlich der Antragsstellung bei dem bisherigen Verfahren.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 345.

Auszeichnung mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes.

RdErl. des RSHA. vom 14. 11. 1942

— I A 1b Nr. 435/42 —

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat den H-Rottenführer Hans Walter Köllner (SD-Leitabschnitt Münster), der sich zur im Dienst der Wehrmacht befindet, für hervorragende Tapferkeit mit dem Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Gleichzeitig erfolgte seine Beförderung zum H-Untersturmführer und zum Leutnant.

— Befehlsblatt S. 345

Berichtigung.

Im RdErl. vom 26. 9. 1942 (Befehlsbl. S. 286), betr. Eisenbewirtschaftung, muß es in der vorletzten Zeile des Abs. 4 statt „Berechtigungsunterlage“ richtig heißen: „Berechnungsunterlage.“

— Befehlsblatt 1942 S. 345.

Geheime Staatspolizei

Aufhebung der Bereitstellung von Kfz. für den Einsatz.

RdErl. des RSHA. vom 28. 10. 1942

— II D 3a (3) Nr. 2031/42 —

Kraftfahrzeuge der Staatspolizei(Leit)stellen, die gem. Erl. des RSHA. vom 5. 2. 1942 — II D 3a Nr. 2031/42 — (nicht veröffentl.) für den Einsatz abrufbereit stehen und noch nicht zum Einsatz abgerufen sind, werden hiermit den Staatspolizei(Leit)stellen zur eigenen Verwendung freigegeben.

Zusatz für die Insp. der Sich.Pol. u. des SD: Im Hinblick darauf, daß diese Kraftfahrzeuge feldverwendungsfähig hergerichtet sind, können diese Pkw. für die z. B. V.-Kommandos eingeteilt werden.

An die Staatspol.(Leit)stellen. — Befehlsblatt S. 345.

Reichskriminalpolizei

Auskunft aus dem Strafregister.

RdErl. des RSHA. vom 10. 11. 1942

— V A 1 Nr. 134/42 III —

(1) Durch RdErl. des RMDI. vom 13. 10. 1942 — I b 1422/42-7052 — (MBliV. S. 1985) ist angeordnet worden, daß Behörden, denen Auskunft über die der beschränkten Auskunft unterliegenden Strafen nicht erteilt wird, die Möglichkeit haben, Auskunft über solche Strafen durch Vermittlung der örtlich zuständigen Krim.Pol.(Leit)stelle einzuholen, daß jedoch von dieser Möglichkeit nur ausnahmsweise und nur in unerläßlichen Fällen Gebrauch zu machen ist.

(2) Ich ersuche um Bericht, falls sich aus dieser Regelung eine für die Krim.Pol.(Leit)stellen nicht tragbare Mehrbelastung ergeben sollte.

An die Krim.Pol.(Leit)stellen. — Befehlsblatt S. 345.

Verschiedenes

Wohnungsfürsorge.

RdErl. des RSHA. vom 5. 11. 1942

— II C 3 Nr. 1309/42 —

Um den Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD bei Versetzungen das Auffinden einer Wohnung am neuen Dienstort zu erleichtern, werden künftig Wohnungstauschgesuche von Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD im „Befehlsblatt“ bekanntgegeben. Bewerber für die angebotenen Tauschwohnungen, die gleichzeitig ihrerseits eine Tauschwohnung zur Verfügung haben, wollen sich unter Angabe dieses Erlasses und der angegebenen fortlaufenden Nummer an das Ref. II C 3 des RSHA. wenden. Die Tauschgesuche werden in den späteren Nummern des „Befehlsblattes“ unter Hinweis auf diesen Erlaß ohne nähere Ausführungen bekanntgegeben. Die Dienststellen werden ersucht, allen Angehörigen von diesen Gesuchen Kenntnis zu geben, damit ein Wohnungstausch in möglichst weitgehendem Umfang zustande kommt.

1. Gesucht wird 3-Zimmerwohnung in guter Wohnlage Berlins. Geboten wird 2-Zim.Wohnung in Berlin-Reinickendorf-Ost mit Küche

Bad, Balkon, Warmwasserversorgung u. Zentralhgz., monatl. Miete 63,85 RM.

2. Gesucht wird 5-Zim.Wohng. im Westen Berlins oder Potsdam. Geboten wird 2 1/2-Zim.-Wohng. in München-Bogenhausen mit Wohnküche, Balkon, Telefon, Bad, monatl. Miete 70,— RM.
3. Gesucht wird 2—3-Zim.Wohng. in Berlin. Geboten wird Wohnküche mit Innentoilette in Berlin.
4. Gesucht wird 3—6-Zim.Wohng. mit Zentralhgz. u. Warmwasserversorgung in Berlin W oder SW. Geboten wird 3-Zim.Nebauwohng. mit Zentralhgz., Warmwasser, Kachelbad, Loggia, Balkon u. Mansarde in Wiesbaden, monatl. Miete einschl. Heizung 106,— RM.
5. Gesucht wird 4—5-Zim.Wohng. im Westen oder Südwesten Berlin. Geboten wird 4-Zim.-Wohng. mit Etagenheizung, Warmwasserversorgung, Kachelbad, großem Balkon u. Gartenanteil im Vorort von Nürnberg, monatl. Miete 130,— RM.
6. Gesucht wird 5—6-Zim.Wohng. in Berlin. Geboten wird 3-Zim.Wohng. mit Etagenhzg. u. Bad in Neuenhagen b. Berlin, monatl. Miete 65,— RM.
7. Gesucht wird 4-Zim.Wohng. in Berlin. Geboten wird 4-Zim.Nebauwohng. mit Zentralhgz., Warmwasser, Bad, Mansarde u. Kellerräumen in Offenbach/Main, monatl. Miete einschl. Heizung 111,— RM.

Für Wohnungssuchende in Berlin wird darauf hingewiesen, daß der Berliner Oberbürgermeister am 25. 10. 1941 folgende Maßnahmen bekanntgegeben hat:

- a) Tauschangebote können auf je vier Wochen kostenlos bei den Bezirkswohnungsämtern durch Aushang bekanntgegeben werden.
- b) Tauschangebote (auch nach außerhalb) können in der Wohnungstauschliste, die im Auftrage des Oberbürgermeisters als Anlage zu Scherls Wohnungszeitung erscheint, zum Preis von 2,— RM veröffentlicht werden. Anzeigenaufgabe in den Scherlfilialen.
- c) Der Wohnungstausch von Berlin nach auswärts wird dadurch besonders gefördert, daß die Tauschwünsche im Berliner Stadthaus (Eingang Stralauer Straße) — Hauptplanungsamt — gesammelt werden und die Listen dort eingesehen werden können.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 345.

Verlust eines Dienstausweises.

Der am 28. 2. 1941 für **SS-Hauptsturmführer** Walter Schulze, **SS-Nr. 30 909**, erstellte rote Dienstausweis Nr. 659/41 ist verlorengegangen. Bei Auffindung wird um umgehende Einsendung an das Ref. I A 5 des RSHA. gebeten.

(I A 5 d Az.: 1800) — Befehlsblatt 1942 S. 346.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum **SS-Brigadeführer** u. Gen.Major d. Pol.: **SS-Oberführer** u. Oberst d. Pol. Schulz;
zum Amtsrat: **SS-Sturmbannführer** Pol.Rat Hillgärtner.

Inspekture u. Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum **SS-Brigadeführer** u. Gen.Maj. d. Pol.: die **SS-Oberführer** u. Obersten d. Pol. Brunner (Insp.

Salzburg), Dunc Kern (Befh. Metz), Dr. Harster (Befh. Den Haag), Huber (Insp. Wien), Naumann (Insp. Berlin, z. Zt. E.-Gr.B.) u. Willich (Insp. Danzig);

zum Oberst d. Pol.: die **SS-Oberführer** Klein (Insp. Dresden) u. Thiele (Insp. Hamburg), die **SS-Standartenführer** Biermann (Insp. Breslau), Dr. Blume (Insp. Düsseldorf), Dr. Canaris (Insp. Königsberg), Dr. Schaefer (Befh. Belgrad), Schmitz-Voigt (Insp. München), Seetzen (Insp. Kassel) u. Werner (Insp. Stettin).

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Krim.Rat: Krim.Komm. Bolle (Düsseldorf);

zum Krim.Insp.: Krim.Ob.Sekr. Spitzbart (Karlsbad).

Abgeordnet: **SS-Sturmbannführer** Bast (Münster) als E.-Gr. D als Führer des E.-Kdo. 11 a.

Versetzt: die Pol.Ob.Inspektoren Willig (RSHA) n. Prag u. Tietke (Prag) n. Hohensalza.

Die Versetzungen der **SS-Untersturmführer** Krim.Komm. Rose (Magdeburg) n. Kattowice, Simmer (Koblenz) n. Bremen sind aufgehoben.

Kriminalpolizei(leit)stellen und Krim.Abteilungen.

Ernannt zum Krim.Dir.: Krim.Rat LyB (Hamburg), zum Krim.Rat: **SS-Hauptsturmführer** Krim.Komm. Drescher u. Krim.Komm. Mätze (beide RSHA.-V);

zum Krim.-Insp.: **SS-Untersturmführer** Krim.Ob.Sekr. Steinmeyer (Braunschweig) u. Krim.Ob.Sekr. Vetter (Prag).

Abgeordnet: Krim.Komm. Unger (Wilhelmshaven) zum RSHA.-V.

Versetzt: die **SS-Obersturmführer** Krim.Komm. Wolf (KPLSt. Berlin) zum RSHA.-V, Freitag (KPLSt. Berlin) n. Wilhelmshaven, Hans (KPLSt. Berlin) n. M.-Gladb. Rheydt, Kroemer (KPLSt. Berlin) n. Graudenz, Raschdorf (KPLSt. Berlin) n. Klinghausen, **SS-Untersturmführer** Krim.Komm. Vetter (KPLSt. Berlin) zum RSHA.-V;

SS-Untersturmführer Krim.-Insp. St. (Braunschweig) n. Krakau.

In den Ruhestand versetzt: Krim.Rat (Regensburg) u. Krim.-Komm. Schegg (Münster).

SD.

Kommandiert: **SS-Untersturmführer** Wilhelm K. zum SD-A. Litzmannstadt.

Versetzt: **SS-Sturmbannführer** August Uhl zum SD-LA. Posen;

die **SS-Hauptsturmführer** Artur Fuss zum SD-A. Bremen u. Horst Ellissen zum SD-LA. Königsberg.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz

Ernannt zum Krim.Sekr.: **SS-Hauptscharführer** Oberassistent Hermann Schurz (KPSt. Kattowice) u. die Krim.Oberassistenten Wilhelm G. (KPSt. Magdeburg), Martin Knoke (Krim. Wesermünde) u. Hermann Müller (KPSt. Berlin).

Berichtigung. Im Befehlsbl. 1942 S. 346 es unter „Ernannt“ heißen: zum Hilfskrim.K. Krim.Komm.Anw. Schreck (Nürnberg).

— Befehlsblatt 1942

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 53

Berlin, den 28. November 1942

3. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Hans Schultheiß, SS-Scharführer, SD-Hauptaußenstelle Augsburg, im Februar 1942

Hans Seifert, SS-Scharführer, SD-Leitabschnitt Dresden, im Mai 1942

Franz Michelfeit, SS-Scharführer, a.pl. Kriminalassistent, Staatspolizeileitstelle Prag, im Juni 1942

Josef Seda, SS-Hauptsturmführer, SD-Abschnitt Graz, im Juli 1942

Helmut Seibert, SS-Unterscharführer, SD-Abschnitt Frankfurt/Main, im August 1942

Ernst-Friedrich von Beyme, SS-Oberscharführer, SD-Leitabschnitt Posen, im August 1942

Franz Kassautzki, SS-Bewerber, Kriminalsekretär, Staatspolizeileitstelle Karlsruhe, im September 1942

Hans Schöнемann, Kriminalangestellter, Staatspolizeileitstelle Stuttgart, im September 1942

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Alfred Neumann, SS-Bewerber, Kriminaloberassistent, Kriminalpolizeileitstelle Dresden, im Juni 1942

Karl Liebram, SS-Bewerber, Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, im September 1942

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

In Vertretung

Streckenbach

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 17. 11. 42 Wohnungs- u. Zimmerfürsorgelisten. S. 348 — RdErl. 13. 11. 42 Anerkennungen. S. 350. — RdErl. 19. 11. 42 Anstrich von Fahrzeugen der z.b.V.-Kommandos. S. 350. — RdErl. 21. 11. 42 Vernehmung von Frauen. S. 350.

Verschiedenes. Postsendungen f. d. Reichsstatth. in der Westmark u. Chef der Zivilverw. in Lothr. S. 351. — Verlust eines Dienstausweises. S. 351.

Personalmitteilungen. S. 351.

Sicherheitspolizei und SD

Wohnungs- und Zimmerfürsorgelisten.

RdErl. des RSHA. vom 17. 11. 1942

— II C 3 Nr. 1128/42-266-3 a —

(1) Nachstehende RdErlasse über die Führung von Wohnungs- und Zimmerfürsorgelisten werden zur Kenntnis gebracht.

(2) Die RdErl. sind auch bei den SD-Dienststellen anzuwenden. Jede SD-Dienststelle hat demnach einen Angehörigen mit der Führung der Wohnungsfürsorgeliste und gegebenenfalls der Zimmerfürsorgeliste zu beauftragen.

(3) Wenn sich an einem Ort mehrere Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD befinden, so haben die Bearbeiter der Fürsorgelisten untereinander Fühlung zu halten und in ständiger Zusammenarbeit jede Möglichkeit zum Nachweis von Wohnungen und Einzelzimmern auszuschöpfen. Sollte bei einer Dienststelle eine freiwerdende Wohnung nicht besetzt werden können, so ist sie den anderen Dienststellen mitzuteilen.

(4) Nach Abs. 2 e der Anlage 1 können die Polizeidienststellen freiwerdende Wohnungen für Gefolgschaftsmitglieder, mit deren Versetzung oder Einberufung demnächst zu rechnen ist, vorweg für ein halbes Jahr auf Kosten des Reiches anmieten. Dies gilt auch für den SD mit der Maßgabe, daß die Miete auf SD-Mittel zu übernehmen ist. Das Gefolgschaftsmitglied hat nach der Versetzung oder Einberufung in den abgeschlossenen Mietvertrag einzutreten. Die vorschußweise verauslagten Mietkosten werden in der Umzugskostenrechnung nachgewiesen.

(5) Mit der Führung der Wohnungs- und Zimmerfürsorgeliste für das RSHA. ist das Referat II C 3, Berlin SW 68, Kochstr. 64 (Anruf Prinz-Albrecht-Straße 8 — Post 12 00 40 App. 688 — intern 928) beauftragt.

An die Kassenanschlagstellen der

Sich.Pol. u. den SD.

— Befehlsblatt S. 348.

Anlage 1:

Der Reichsführer // und
Chef der Deutschen Polizei im
Reichsministerium des Innern.
O.-VuR U Allg. 2 Nr. 36/42.
u. S II C 3 Nr. 1128/42-266-3 a.

Berlin, den 30. 9. 1942

Betrifft: Wohnungsfürsorge für die Angehörigen der staatl. Polizei.

(1) Bei dem in vielen Orten bestehenden Mangel an geeigneten Wohnungen für versetzte Pol.Verw. und Vollzugsbeamte und sonstige Pol.Angehörige ist es notwendig, zu versuchen, jede geeignete Wohnung, die ein Pol.Angehöriger auf dem freien Wohnungsmarkt bezogen hat, beim Freiwerden nach Möglichkeit für die staatl. Polizei zu erhalten.

(2) Zu diesem Zweck bestimme ich folgendes:

- a) Bei jeder staatl. Pol.Verw. (Schule) usw. Staatspol.- bzw. staatl. Krim.Pol.Dienststelle w. ein Beamter oder Angestellter mit der Führung einer Wohnungsfürsorgeliste betraut, in der die freien oder freiwerdenden Wohnungen der Pol.Angehörigen benutzten Wohn- und, davon getrennt, die Wohnungsbewerber zutragen sind.
- b) Der zu a) genannten Dienststelle sind alle Versetzungen von Pol.Angehörigen unverzüglich mitzuteilen, damit diese Dienststelle mit den versetzten Pol.Angehörigen sofort die Fühlung wegen der Wiederbesetzung oder Beschaffung einer Wohnung aufnehmen kann.
- c) Jeder Pol.Angehörige, der seine Wohnung infolge Versetzung oder aus anderen Gründen aufgeben will oder muß, ist verpflichtet, diese Absicht, sobald sich die Aufgabe übersehen läßt, nach beiliegendem Muster (Anlage 2) der zu a) genannten Dienststelle zu melden. Der beiliegende Vordruck ist dem Pol.Angehörigen mit der Versetzungsverfügung auszuhändigen. Der Wohnungsinhaber soll den Vermieter von der bestehenden Kündigung der Wohnung zu nicht unterrichten, damit es möglich ist, die freiwerdende Wohnung für einen anderen Pol.Angehörigen durch rechtzeitige Fühlungnahme dem Vermieter sicherzustellen.
- d) Die zu a) genannte Dienststelle hat die freiwerdende Wohnung noch vor der Kündigung wohnungssuchenden Pol.Angehörigen mitzuteilen, die sich dann unverzüglich mit dem Wohnungsinhaber in Verbindung zu setzen haben. Das Ergebnis ist der zu a) genannten Dienststelle unverzüglich anzuzeigen. Erforderlichenfalls muß diese schnellstens mit dem Vermieter wegen Sicherstellung der Wohnung für wohnungslose Pol.Angehörige in Verbindung treten. Bevorzugt zu berücksichtigen sind neben kinderreichen Familien Beamte, die Trennungsschädigung beziehen.
- e) Im Hinblick auf die z. Z. herrschende Wohnungsnot darf kein Pol.Angehöriger seine Wohnung kündigen, ohne seine Behörde von seinem Entschluß in Kenntnis gesetzt zu haben. Das bezieht sich nicht nur auf Kündigungen infolge Versetzungen, sondern auch auf Wohnungstausche am Dienstort, im letzten Falle deshalb, damit sich die Dienststelle evtl. in einem Ringtausch für weitere Pol.Angehörige einschalten kann. Ich bitte daher Vorsorge zu treffen, daß die Dienststelle von dem Betreffenden hiervon so rechtzeitig unterrichtet wird, daß diese noch in der Lage ist, vor Ablauf der Kündigungsfrist mit dem Hauseigentümer wegen Sicherstellung der Wohnung für versetzte beamtete und nichtbeamtete

Pol. Angehörige oder für von außerhalb in die Polizei einberufene Personen in Verbindung zu treten. Für solche können frei werdende Wohnungen durch vorläufige Übernahme der Miete auf die Reichskasse (Kap. 14, [14a], Tit. 21) sichergestellt werden, wenn es zur Ersparung von Trennungsschädigung für erforderlich gehalten wird. Sicherstellung über den Zeitraum von sechs Monaten hinaus bedürfen meiner Genehmigung. (Vgl. auch RdErl. v. 25. 10. 1939 und 17. 2. 1941 — MBl. IV, S. 2207 bzw. S. 317.)

f) Über diese Anzeigepflicht hinaus werden alle Pol. Angehörigen im Interesse der Unterbringung ihrer wohnungssuchenden Berufskameraden ersucht, auch andere günstige Wohnungen, die bisher noch nicht von Pol. Angehörigen bewohnt waren, der unter a) genannten Dienststelle mitzuteilen, sobald das Freiwerden dieser Wohnungen bekannt wird. Es empfiehlt sich auch, daß die Pol. Reviere bei der Entgegennahme polizeilicher Meldungen usw. sich erkundigen, ob freie oder frei werdende Wohnungen (auch von Nicht-Pol. Angehörigen) noch verfügbar sind, und ggf. diese Wohnungen der zu a) genannten Dienststelle unverzüglich melden.

g) Diese Anordnung ist allen Pol. Angehörigen in Halbjahr einmal bekanntzugeben.

2:

Muster.

....., den 194..

Meldung über eine frei werdende Wohnung

in Str. Nr.

Vorder-, Hinterhaus, ... Stock.

1. Name des jetzigen Wohnungsinhabers:

2. Dienstbezeichnung:

3. Jetzige Dienststelle:

4. Grund der Wohnungsaufgabe:

.....

5. Größe der Wohnung:

..... Zimmer, ... Kammer, ... Küche,

..... Speisekammer, ... Klosett, ... Bad,

..... Balkon, mit/ohne elektr. Licht, mit/ohne

Gasanlage, ... Boden, ... Keller und

sonstiges Zubehör

Ungefähre Angabe der Größe der einzelnen Zim-

mer in qm, Ofenheizung? Zentral-

heizung?

6. Höhe der Monatsmiete u. ggf. des Beitrags für

Warmwasser und Zentralheizung:

7. Voraussichtlicher Zeitpunkt der Räumung:

8. Name, Anschrift und Fernsprechananschluß des

Hauseigentümers oder Verwalters:

9. Wurde die Wohnung mit Reichszuschüssen gebaut,

so daß Weitervermietung nur an Reichsbedienstete

in Betracht kommt?

Ich habe den Vermieter von der bevorstehenden Kündigung meiner Wohnung im Interesse anderer wohnungssuchender Kameraden noch nicht unter-

Die Kündigung muß ich jedoch bis spätestens aussprechen.

Unterschrift:

Dienstbezeichnung:

An:

Anlage 3:

Der Reichsführer #
und Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern.
O-VuR. U Allg. 2 Nr. 22/42
u. S. I. A 6 Nr. 774/42

Berlin, den 7. 9. 1942

Betr.: Zimmerfürsorge für die Angehörigen der staatl. Polizei (Zimmerfürsorgeliste).

(1) Die Ermittlung von Privatzimmern für kasernenmäßig unterzubringende, insbesondere unheiratete und abgeordnete, von ihren Familien getrennt lebende Angehörige der staatl. Polizei stößt in vielen Orten auf immer größere Schwierigkeiten. Es ist damit zu rechnen, daß diese Schwierigkeiten noch anwachsen und in absehbarer Zeit dahin führen, daß es für die Pol. Angehörigen vielleicht bald unmöglich sein wird, sich neue Privatzimmer zu besorgen. Es geht daher nicht an, daß Privatzimmer, die von Pol. Angehörigen oft erst nach langem Suchen gemietet worden sind und aus irgendwelchen Gründen wieder aufgegeben werden müssen, für die Polizei verlorengehen. Vielmehr muß erstrebt werden, daß die von Pol. Angehörigen bewohnten Privatzimmer auch nach der Aufgabe für andere Pol. Angehörige zur Verfügung gehalten werden. Hotelzimmer bleiben jedoch unberücksichtigt, da sie für Durchreisende frei gehalten werden müssen.

(2) Zu diesem Zweck bestimme ich mit sofortiger Wirkung folgendes:

a) Bei jeder staatl. Pol. Verwaltung (Schule) usw. (auch Staatspol.- bzw. staatl. Krim. Pol. Dienststelle), in deren Standort ein Mangel an Privatzimmern besteht, wird ein Beamter oder Angestellter mit der Führung einer Zimmerfürsorgeliste beauftragt, in der die freien oder frei werdenden, bisher von Pol. Angehörigen benutzten Privatzimmer (möblierte und Leerzimmer) und, davon getrennt, die Zimmerbewerber einzutragen sind.

b) Jeder Pol. Angehörige, der sein Privatzimmer abgeben will oder muß, ist verpflichtet, diese Angelegenheit, sobald sich die Aufgabe überschauen läßt, nach beiliegendem Muster (Anlage 4) der zu a) genannten Dienststelle, bei der der Vordruck erhältlich ist, zu melden. Der Zimmerinhaber soll den Vermieter von der bevorstehenden Kündigung des Privatzimmers zunächst nicht unterrichten, damit es möglich ist, das frei werdende Privatzimmer für einen anderen Pol. Angehörigen durch rechtzeitige Fühlungnahme mit dem Vermieter sicherzustellen.

c) Die zu a) genannte Dienststelle hat das frei werdende Privatzimmer noch vor der Kündigung zimmersuchenden Pol. Angehörigen mitzuteilen, die sich dann unverzüglich mit dem Zimmerinhaber in Verbindung zu setzen haben. Das Ergebnis ist der zu a) genannten Dienststelle unverzüglich anzuzeigen. Erforderlichenfalls muß diese auf der Kündigungsfrist mit dem Vermieter wegen Sicherstellung des Privatzim-

mers. für zimmersuchende Pol.Angehörige in Verbindung treten. Ggfls. entstehende Kosten, die möglichst niedrig zu halten sind, sind bei Kap. 14 (14 a) Tit. 21 zu buchen.

Über diese Anzeigepflicht hinaus werden alle Pol.Angehörigen im Interesse der Unterbringung ihrer zimmersuchenden Berufskameraden ersucht, auch andere günstige Privatzimmer, die bisher noch nicht von Pol.Angehörigen bewohnt waren, der unter a) genannten Dienststelle mitzuteilen, sobald das Freiwerden dieser Privatzimmer bekannt wird. Es empfiehlt sich auch, daß die Pol.Reviere bei der Entgegennahme polizeilicher Meldungen von Zimmerinhabern usw. sich erkundigen, ob die frei gewordenen oder sonstige Zimmer (auch von Nichtpol.Angehörigen) noch verfügbar sind und ggf. diese Zimmer der zu a) genannten Dienststelle unverzüglich melden.

3) Diese Anordnung ist allen Pol.Angehörigen in Halbjahr einmal bekanntzugeben.

Anlage 4:

Muster.

....., den 194..
Meldung über ein frei werdendes Privatzimmer
in Str. Nr.

1. Name des jetzigen Zimmerinhabers:
2. Dienstbezeichnung:
3. Jetzige Dienststelle:
4. Inhalt der Zimmeraufgabe:
5. Lage des Zimmers: Vorderhaus? Straßenwärts? Hofwärts? Hinterhaus? Stockwerk?
6. Ausstattung des Zimmers: Balkon? Elektr. Licht? Gas? Ofenheizung? Zentralheizung? vom Vermieter gestellte Bettwäsche? Fernsprecher bzw. Fernsprechbenutzung? Bad?
7. Höhe der Monatsmiete: Höhe der ständigen Nebenkosten (z. B. für Reinigung, Heizung, Beleuchtung usw.):
9. Voraussichtlicher Zeitpunkt der Räumung:
10. Name, Anschrift und Fernsprechanschluß des Zimmervermieters:

Ich habe den Zimmervermieter von der bevorstehenden Kündigung meines Zimmers im Interesse anderer zimmersuchender Kameraden noch nicht unterrichtet.

Die Kündigung muß ich jedoch bis spätestens aussprechen.

Unterschrift:

Dienstbezeichnung:

An

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 18. 11. 1942
— I A 1 b Nr. 345/42 —

Der Reichsführer-// hat auf meinen Vorschlag dem Kriminalkommissar Franz Eisinger, dem Kriminalsekretär Josef Kirschner und dem Kriminalsekretär Franz Grumböck, alle von der Staatspolizeistelle in Salzburg, für hervorragende Leistungen durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung ausgesprochen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 350.

Anstrich von Fahrzeugen der z.b.V.-Kommandos.

RdErl. des RSHA. vom 19. 11. 1942
— II D 3 a Nr. 2369/42 —

(1) In letzter Zeit wurden verschiedene z.b.V. Kommandos mit Kraftfahrzeugen zum Einsatz beordert, die mit neutralem Anstrich versehen waren.

(2) Künftig sind Fahrzeuge, die von den Inspektoren (Befehlshabern) der Sich.Pol. u. des SD oder auf Anweisung des RSHA für z.b.V.-Kommandos bestimmt werden, grundsätzlich vor Abgang in das Einsatzgebiet feldgrau zu spritzen.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 350.

Vernehmung von Frauen.

RdErl. des RSHA. vom 21. 11. 1942
— II A 1 Nr. 770/42-151 —

(1) Der als Anlage abgedruckte Befehl des Reichsführers-// ist allen Beamten und Krim.Angestellten (soweit letztere im Exekutivdienst verwendet werden) bekanntzugeben. Die Vorgesetzten haben über den Befehl Unterricht zu erteilen und für die Erziehung ihrer Beamten im Sinne dieses Befehls auch in der Zukunft zu sorgen. Bei Mißgriffen und Verfehlungen gegen diesen Befehl wird der Reichsführer-// nicht nur den schuldigen Beamten, sondern auch seinen Vorgesetzten zur Verantwortung ziehen.

(2) Der Befehl vom 28. 8. 1942 ist Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Reichsführer-// u. dem Reichsminister der Justiz gewesen. Dabei ausdrücklich festgelegt worden, daß der Befehl nicht bezieht auf solche Vernehmungen von Frauen bei denen gerade die Feststellung besonderer Umstände geschlechtlicher Handlungen entscheidend wie z. B. bei Vernehmungen als Zeugin in Notzuefällen, in denen die Feststellung der Einzelheiten für die Durchführung des Strafverfahrens überhaupt entscheidend ist.

(3) Der Reichsführer-// hat angeordnet, daß jeder Beamten der Sich.Pol. ein Abdruck des Befehls vom 28. 8. 1942 auszuhändigen ist. Soweit eine Veranlassung zu diesem Zweck nicht bereits örtlich erfolgt ist, können die benötigten Abdrucke von den Inspektoren (Befehlshabern) der Sich.Pol. u. des SD für die Dienststellen ihres Bereiches (beim RSHA von den Geschäftsstellen der Ämter) bis zum 31. 1942 beim RSHA. (II A 1) angefordert werden.

Zusatz für die KP.-Stellen: Die RdErl. ist der Gemeindekriminalpolizei durch Abdruck in den Meldeblättern bekanntzugeben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 350.

Anlage:

Der Reichstührer-// Feld-Kommandostelle, 28. 8. 1942
Tgb.-Nr. RF/V.

Befehl

über die Vernehmung von Frauen.

In vielen Fällen verlangen die polizeilichen Untersuchungen, festzustellen, ob zwischen zwei Personen Geschlechtsverkehr bestanden hat oder nicht. Diese Feststellungen müssen getroffen werden.

Ist die Feststellung getroffen, daß Geschlechtsverkehr stattgefunden hat, so hat jede weitere Frage zu unterbleiben. Insbesondere verbiete ich jede Vernehmung oder Befragung über weitere Einzelheiten nach Art und Umständen des Geschlechtsverkehrs. Ich halte es für unwürdig, an Frauen oder Mädchen ähnliche Fragen zu stellen, die polizeilich nicht notwendig sind und die lediglich Rückschlüsse auf eine unwürdige innere Einstellung oder Geistesverfassung des Fragenden zulassen.

gez. H. Himmler

Verschiedenes

Abordnungen für den Reichsstatthalter in der Westmark und Chef der Zivilverwaltung in Lothringen.

Der Reichsstatthalter in der Westmark und Chef der Zivilverwaltung in Lothringen hat mitgeteilt, daß die für den Chef der Zivilverwaltung in Lothringen bestimmten Postsendungen vielfach falsch adressiert wurden; sie wurden häufig nach Metz gerichtet, einige wurden noch über das Landratsamt Kehl geleitet. Der Reichsstatthalter bittet, die für den Chef der Zivilverwaltung in Lothringen bestimmten Postsendungen mit folgender Anschrift versehen zu lassen:

„An

den Reichsstatthalter in der Westmark
und Chef der Zivilverwaltung in Lothringen
in Saarbrücken
Hindenburgstr. 15.“

1 Nr. 828/42-160) — Befehlsblatt 1942 S. 351.

Verlust eines Dienstausweises.

Der am 26. 2. 1941 für //Untersturmführer Dr. Carl Cron, //Nr. 220 699, erstellte rote Dienstausweis Nr. 5956/41 ist verlorengegangen. Bei Auffindung wird um umgehende Einsendung an das Referat des RSHA. gebeten.

d Az: 5917) — Befehlsblatt, 1942 S. 351.

Personalmitteilungen**Reichssicherheitshauptamt.**

Abgeordnet: //Sturmabführer Reg.Rat Max Hoff zum Befh. Kiew.

Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Reg. u. Krim.Rat: //Obersturmabführer Müller (Kdr. Lublin);
zum Krim.Rat: //Hauptsturmabführer Krim.Komm. Höhm ann (Kdr. Warschau).

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Krim.Direktor: //Sturmabführer Krim.Rat Bauer (München);
zum Krim.Rat: Krim.Komm. Krüger (München);

zum Pol.Ob.Insp.: //Obersturmabführer Wagner (Führerschule) u. //Bewerber Pol.Insp. Mausolf (Brünn);

zum Krim.Kommissar: //Untersturmabführer Krim.Komm. z. Pr. Stöbrich (Oppeln).

Versetzt: //Hauptsturmabführer Krim.Rat Pannwitz (Prag) zum RSHA;

//Hauptsturmabführer Pol.Ob.Insp. Ulrich (Halle) zum Kdr. Lemberg, //Obersturmabführer Pol.Ob.Insp. Kaiser (Kdr. Lemberg) n. Karlsbad, die Pol.Ob. Inspektoren Schmale (Düsseldorf) n. Wilhelmshaven, Hennies (Hannover) n. Magdeburg, Mausolf (Brünn) n. Potsdam;

//Untersturmabführer Krim.Komm. Henry Schmidt (Trier) n. Dresden, Krim.Komm. Möller (Kiel) n. Hamburg; die //Untersturmabführer Krim.Komm. z. Pr. Pokorný (Brünn) n. Magdeburg, Dietrich (Frankfurt/M.) n. Trier, Schnabel (Karlsruhe) n. Kiel, Paar (Wien) n. Stuttgart, Betthäuser (Stuttgart) n. Koblenz, Matl (Brünn) n. Hannover u. Habermann (Prag) n. Brünn, die Krim. Komm. z. Pr. Sorger (Brünn) n. Wien u. Hollborn (Prag) n. Dortmund;

die //Untersturmabführer Pol. Inspektoren Kummerow (Kdr. Lemberg) n. Zichenau u. Wilhelm Mai (Trier) zum Kdr. Lemberg, //Bewerber Pol.Insp. Trojanus (RSHA.) n. Prag, die Pol.Insp. Worms (RSHA.) zum Kdr. Lemberg, Dittbörner (Kdr. Lemberg) n. Wilhelmshaven u. Hermann Meyer (Braunschweig) n. Brünn; die //Untersturmabführer apl. Pol. Inspektoren Wappeler (Kdr. Lemberg) n. Trier u. Besigk (Prag) zum RSHA.

Folgende Abordnungen sind aufgehoben worden: //Sturmabführer Reg.Rat Vollmer (Trier) zum Befh. Kiew;

Pol.Ob.Insp. Schmale (Düsseldorf) nach Halle; die Pol. Inspektoren Bähge (Breslau) zum RSHA., Walter (Graz) zum Befh. Belgrad u. Schimke (Köln) zum Befh. Belgrad.

Kriminalpolizei(leit)stellen u. Krim.Abteilungen.

Ernannt zum Ob.Reg. u. -krim.Rat: Reg. u. Krim.Rat Hermann (Danzig);

zum Krim.Rat: //Hauptsturmabführer Krim.Komm. Sieber (Prag) u. //Obersturmabführer Krim.Komm. Petersen (Hamburg);

zum Krim.Komm.: Krim.Insp. Richter (München); zum Krim.Insp.: //Untersturmabführer Krim.Ob.Sekr. Mühlporthe u. die Krim.Ob.Sekretäre Eick, Nowack, Longfils, Görs, Clausen, Bendt (sämtl. RSHA-V), Hübsch (Dresden), Beierlein (Dresden), Bäuerle (Chemnitz), Grote (Erfurt), Neidhardt (Zwickau), Oehlert (Gera), Kuhl (Oberhausen), Tepasse (Oberhausen).

Abgeordnet: //Sturmabführer Reg. u. Krim.Rat Helmut Müller (RSHA-V) n. Königsberg als Leiter.

Versetzt: //Sturmabführer Krim.Rat Gabler (Düsseldorf) n. Leipzig;

die //Bewerber Krim.Kommissare van Look (Warschau) n. Krakau u. Brunk (Krakau) n. Lemberg;

//Obersturmabführer Krim.Insp. Pfeifer (Graudenz) n. Luxemburg.

Berichtigung: Im Befehlsbl. Nr. 52, S. 346, muß es in der 1. Zeile hinter „Versetzt:“ richtig heißen: „die //Obersturmfm. KK. Schäfer“ (nicht Wulf) usw.

SD.

Versetzt: die //Hauptsturmführer Erich Kronberger zum SD-LA. Königsberg u. Gustav Richter zum RSHA.;
die //Obersturmführer Ernst Schulz zum SD-A. Litzmannstadt u. Hans-Wilhelm Moers zum SD-A. Bremen;
//Untersturmführer Erich Harborth zur SD-Dienstst. Pilsen.

Kommandiert: //Hauptsturmführer Emil Bayerl zur SD-HAST. Schwerin (Rückkommandierung);
die //Obersturmführer Hellmuth Hoppe zum RSHA.-III, Erwin Wedekind zur SD-ASt. Elbing u. Max Pietsch zur SD-ASt. Thorn;
//Untersturmführer Bruno Block zum SD-LA. Stettin.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Krim.Sekretär: die Krim.Oberassistenten Otto Vetter u. Hans Mayer (beide KPSt. Nürnberg-Fürth) u. Josef Schmid (KPSt. Karlsruhe).

— Befehlsblatt 1942 S. 351.